

Dresdner Volkszeitung

Postgeschäft: Dresden,
Raden & Comp., Nr. 1288.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Ganzpost: Gebr. Arnold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 880.— M., durch die Post
bezogen monatlich 880.— M., unter Streuzettel für Deutschland wöchentlich
280.— M., Einzelpreis 50.— M., Sonnabendnummer 70.— M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25281.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: bis 9 Spalten: Raspallegalle 100.— M., die 9 Spalten
Raspallegalle 400.— M., auswärts 125.— u. 500.—, Ausland 800 u. 2500 M.
Bei mehrmaliger Aufgabe Verminderung. Familienanzeigen, Stellen- und
Mietgefuch 40 Prog. Mindest. für Briefniederlegung 30 M.

Nr. 7

Dresden, Dienstag den 9. Januar 1923

34. Jahrg.

Ein letzter Versuch Amerikas

Paris, 9. Januar (Eig. Draht.). Die Regierung der Vereinigten Staaten hat jetzt den beabsichtigten Schritt, durch den im letzten Augenblick ein Versuch zur Verhinderung der französischen Vorgehen genommen werden soll, getan. Das Staatsdepartement hat am Donnerstag einen ausführlichen Plan des Vorschlags zur Einberufung einer Sachverständigenkommission für die Beratung des Reparationsproblems vorgelegt. Die Entscheidung dieser Kommission, so wird in dem Plan ausgeführt, soll die Grundlage für ein fünfzig Einvernehmen unter den Alliierten bilden. Von französischer Seite ist auf diesen amerikanischen Schritt hin sofort eine vorläufige Antwort erichtet worden. Man hat von Washington weiterer Einzelheiten erbeten, die — wie es heißt — auch bereits mitgeteilt werden sollen. Im übrigen wird über den ganzen Vorgang auf Wunsch des amerikanischen Staatsdepartements stets ein stillschweigen bewahrt, da man von einer Veröffentlichung der Einzelheiten Störungen der Aktion befürchtet. Ob man in Washington ernsthaft von diesem Schritt einen Erfolg erwarten, oder ob er rein innerpolitische amerikanische Zwecke verfolgt, läßt sich nicht ohne weiteres erkennen.

Eine weitere Meldung aus Washington würde eher auf den innerpolitischen Zweck des Vorgehens hindeuten. Sie besagt, daß die amerikanische Regierung dem Volke der Vereinigten Staaten durch ihr Vorgehen zeigen will, wie sehr sie bemüht ist, Ordnung in die europäischen Angelegenheiten zu bringen, sowohl das von ihr abhängt. Es stehe bei Europa, die amerikanischen Vorschläge anzunehmen und dadurch zu einer Gelindung der Verhältnisse vorzuschreiten. Ein bezeichnendes Licht auf die amerikanischen Motive wirft eine weitere Washingtoner Meldung, wonach man im Senat mit der von der Regierung geäußerten Auffassung, lediglich als interessierter Zuschauer die weitere Entwicklung der europäischen Verhältnisse zu beobachten, nicht zufrieden sei und eine größere Aktivität erwarte. Dem Exchange-Telegraph folge hat die Washingtoner Regierung gleichzeitig mit der Vorlegung ihres Reparationsplanes der französischen Regierung amtlich mitgeteilt, daß Amerika ein Sondervorgehen Frankreichs gegen Deutschland in ihrer Billige wünsche. Der Figaro erklärt allerdings, daß in amtlichen Kreisen von einem derartigen Schritte der Vereinigten Staaten nichts bekannt sei, eine amtliche französische Ausführung fehlt aber.

Vor der Entscheidung

In Paris verhandelt die Reparationskommission mit den deutschen Vertretern über die Kohlenlieferungen. Voransichtlich wird heute bereits die Entscheidung darüber gefällt werden, ob nach Ansicht der Rechte Deutschland sich abdiktative oder vorläufige Verpflichtungen zufallen kommen läßt. Aber noch bevor die Reparationskommission die "vorläufige Verpflichtung Deutschlands" festgestellt hat, trifft Frankreich alle Maßnahmen, um die Aktion im Ruhrgebiet durchzuführen. Französische Ingenieure und Sachverständige sollen bereits auf dem Wege in das betroffene Gebiet sein, ebenso werden jetzt zuverlässige Mitteilungen über Truppentransporte aus Mainz und Düsseldorf gemacht. Auch Belgien scheint sich an der Aktion beteiligen zu wollen.

Nach einer Erklärung des französischen Generalstabs sind die Vorbereitungen zum Einmarsch in das Ruhrgebiet abgeschlossen. Es sei eine große Anzahl von Panzerautos und mobilen nach Düsseldorf geschickt worden, um von dort aus die schnelle Befreiung von Essen und Dortmund durchzuführen. Belgien werde zwei Divisionen entenden, während von französischer Seite sieben Divisionen, im ganzen also neun Divisionen, eingesetzt werden sollen. Die belgische Regierung hat sich bereit erklärt, auch Ingenieure zur Übernahme deutscher Fabriken und Werke zu entsenden.

Nach Meldungen aus Koblenz wurde von der Besatzungsbehörde der Güterverkehr auf der Strecke Koblenz—Köln und Koblenz—Trier eingeschränkt und zum Teil stillgelegt, damit die Strecken für den Transport frei sind. Von den Verbinden des belagerten französischen Gebiets ist verschärfte Bahnhofskontrolle eingeführt.

Nicht weniger als neun Divisionen werden also auf die Beine gebracht, um die "friedlichen Pläne" Poincarés auszuführen. Für die Haltung der Engländer und voraussichtlich auch der Amerikaner ist es bezeichnend, daß der englische Oberkommandierende im belagerten rheinischen Gebiet die französische Forderung auf Zulassung von Truppentransporten durch das englischbesetzte Gebiet mit der Abstreitung vorläufig abgelehnt haben soll, zunächst nähere Weisungen aus London abzuwarten.

Jedenfalls muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, wenn die Reparationskommission einen vorläufigen Vertrag seitens Deutschlands in der Frage der Kohlenlieferungen feststellt, daß Frankreich nicht bis zum 15. Januar wartet wird, um Saranien zu ergreifen, sondern vielleicht schon morgen die Welt vor vollendete Tat sät.

Der französische Aufmarsch

Mainz, 9. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) General Degoutte ist mit der militärischen Leitung des französisch-belgischen Ruhrvormarsches betraut worden. Er

begibt sich noch heute von Mainz nach Düsseldorf. Die militärischen Vorbereitungen des Unternehmens schreiten fort. Die 9. Abteilung der Feldfeuerwerker ist nach dem bestreiteten Gebiet abgerückt. Das 6. Armeekorps in May hat Abmarschbefehl erhalten. Ebenso das 110. Infanterieregiment (Düsseldorf), das 94. Infanterieregiment, das 155. Infanterieregiment (Commercy) und die algerischen Schützenregimenter Nr. 18 (Metz), Nr. 22 (Verdun), Nr. 26 (Worhangen). Insgesamt sollen sieben französische und zwei belgische Divisionen für die Aktion verwendet werden. Die Mobilisierung von Reservetruppen wird für überflüssig gehalten.

Der französische Rechtsstandpunkt

Eine leise Note Poincaré?

Paris, 9. Januar. (Eig. Draht.) Die französische Regierung wird der deutschen Regierung eine Note übermitteln, die den Rechtsstandpunkt der französischen Regierung für die Befreiung des Ruhrgebietes aufzeigt soll. Der heute noch zu erwartende Spruch der Reparationskommission wird wahrscheinlich eine weitere Verfehlung in der Kohlenfrage feststellen. Der französische Standpunkt ist der:

Auf Grund des Verfaßter Vertrags steht jedoch den Alliierten das Recht zu, im Falle einer vorläufigen Richterfüllung gegen Deutschland vorzugehen. Die französische Regierung wird von diesem Recht Gebrauch machen und die ihr zweckmäßig erscheinenden Maßnahmen ergreifen. Über die Einzelheiten des französischen Plans verlautet, daß die französischen Maßnahmen fortscireiten sollen. Zunächst ist nur die Befreiung von Essen geplant, die am Mittwoch stattfinden soll. Bonn soll einsteuern nicht bestehen werden. Die Leitung der ganzen Aktion wird in den Händen der Bahnbehörden bleiben, denen die militärischen Kräfte aller Egotypen unterstellt werden.

Allm. Anschein nach ist beabsichtigt, die Rheinlandskommission mit der Erhebung der deutschen Pfänder zu betrauen. Doch dürfte es bei der Zusammensetzung dieser Kommission, an der auch ein Engländer und ein Amerikaner teilnehmen, zweifelhaft sein, ob sie sich zur Durchführung bereitfindet.

Interessant ist, daß die französische Regierung beabsichtigt, England nochmals zur Teilnahme an Spannungsmitteln aufzufordern. Man hält es aber in Paris für zwecklos, ob sich englische Ingenieure an der Verwaltung der für die Beschaffung in Aussicht genommen Bergwerke beteiligen werden. Eine zweite Abteilung französischer Ingenieure hat gestern abend Paris verlassen.

Nationalistendemonstration in Halle

Halle a. S. 8. Januar. Alle bürgerlichen Parteien Halle's veranstalteten gestern aus Anlaß der Denkmalattentat eine große nationalistiche Andacht in einer Versammlung im Volksschauspielhaus. Trotz Unwillen des Polizei wurde in der wütigsten Weise über die Beamten der Republik, den Polizeipräsidium, den Regierungspräsidenten, den Oberpräsidenten, den Minister Seidenring bis hinunter zum Reichspräsidenten geschimpft. Worte wie: "Verbrecher, Kump. Taurer, Strasser, hentzt die Schweine auf!" schwirrten nur so durch den Saal. Nach Schluß der Versammlung, an der sich auch die Demokraten beteiligten, versuchten die Demonstranten unter Vorantritt von Schuhhardt-Kähn zu dem Denkmal zu gelangen. Der Polizei gelang es, die Demonstranten abzuwehren. Arbeitervigilant entwand einem Trupp eine Monarchiefahne, wobei es zu einem Handgemenge kam.

Als Attentäter auf das Denkmal ist der 20jährige Emil Werner verhaftet worden. Er hat ein Gefäßwandschiff abgelegt.

Die Attentäter von Halle verhaftet

Halle, 8. Januar. Die Polizei verhaftete heute fünf Männer, die an dem Dynamitattentat in Halle am Neujahrsabend beteiligt waren. Unter den Verhafteten befindet sich der Rädelsführer, der gestand, insgesamt drei Bentner Dynamit mit seinen Komplizen aus dem Sprengstoffmagazin der Caronit-Werke gestohlen zu haben. Das Attentat gegen die Villa des Geheimen Kommerzientate Dr. Lehmann in Giebichenstein habe er deshalb verübt, um die Polizei nach dem Vorort Giebichenstein zu lösen, damit er die Denkmäler ungehört in die Luft sprengen könne. Sämtliche fünf Verhafteten sind jugendliche Arbeiter, die der Syndikalistischen Partei angehören. Der Sprengstoff, soweit er bei dem Attentat nicht aufgebraucht wurde, ist wieder restlos zur Stelle geschafft worden.

Poincarés Pfänderspiel

Von Dr. Rud. Hilferding

Poincaré soll jüngst geäußert haben, es gäbe zwei Dinge, die gänzlich überflüssig seien: das eine sei der menschliche Blutdarm, das andre — Montier Poincaré!

Aber der Blutdarm wird zur Lebensfahrt, wenn er sich entzündet, und Herr Poincaré ist entzündet und droht für Europa lebensgefährlich zu werden. Denn darüber darf man sich nicht täuschen: Herr Poincarés Absichten mögen sein, welche sie wollen, und er, der von Lecompte nichts versteht, mag sich einbilden, als Jurist Pfänder nehmen zu müssen, wenn es sich um Schuldennachhol handelt. In der Wirkung bedroht seine Politik den europäischen Frieden und die europäische Weltirtschaft mit einer schweren Katastrophe.

Wie wäre die europäische Situation, wenn Poincaré seine Politik durchführen, nach einem Jahre? Die Anfänge mögen unscheinbar sein. Einige tausend Soldaten im Ruhrgebiet, ein paar Städte besetzt, und dazu einige hundert französische Söldner und Ingenieure. Deutschland werden die Kohlennahmen genommen, die Kohlenverteilung in französische Hände gelegt. Es kommt — unvermeidlicherweise — zu Zwischenfällen, Störungen, Konflikten. Es rücken die Soldaten nach. Es rücken Ingenieure nach; deutsche Beamte werden ausgewiesen, französische treten an ihre Stelle. An der Ostgrenze des besetzten Gebietes wird eine Zollgrenze aufgerichtet; die administrative, militärische, wirtschaftliche Abschnürung des wichtigsten europäischen Industrie- und Rohstoffgebietes beginnt sich zu vollenden. An Stelle wirtschaftlicher Vereinbarungen zwischen deutschen und französischen Industriellen ist ein französischer monopolistischer Monopolvertrag getreten, der jeder anderen industriellen Kombination überlegen ist und der französischen Schwerindustrie eine übermächtige Stellung in der Welt sichert.

Die Okkupation hat die kriegerische Stimmung verstärkt, die Stellung des Generalstabs besiegt, dem Militärisch-nichtentscheidenden politischen Einfluß gegeben. Die Beherrschung des größten mitteleuropäischen Eisen- und Kohlenzentrums, zugleich mit der der deutschen Eisenbahnen und Wasserwege bedeutet unmittelbar die militärische Herrschaft auf dem Kontinent, bedeutet die Hegemonie, der sich weder Belgien noch Italien, weder Polen oder die Tschecho-Slowakei entziehen können. Ist dann selbst wenn Herr Poincaré unterdessen zum überzeugten Pazifisten geworden, noch die Vorstellung möglich, daß Frankreich eine pazifistische Politik treiben, doch es freiwillig herausgeben wird, was ihm nicht gehört? Oder würde ein so starkes Machtkzentrum nicht den immensen Gefahren einer militärischen Machtorganisation gemäß in immer stärkeren Gegensatz geraten, vor allem zu seinem großen Widerpart zu England?

Ansätze zu einer solchen Entwicklung sind gegeben. Frankreich hat die Angora-Türkei gegen England unterstützt und unterstützt sie in Vaucluse. Frankreich hat ein militärisches Bündnis mit Polen und bemüht sich, die kleine Entente in seinen militärischen Kreis zu erhalten. Frankreich unterstützt das italienische Mussolini, der bemüht ist, gegen Jugoslawien die Anteile des italienischen Nationalismus durch-

zu ziehen und deshalb mit dem nationalistischen Hochvolksgarn Verbindungen aufzunehmen, die nur allzu leicht der Klube Südeuropas gefährlich werden können. Als stärkste und beherrschende Militärmacht wird schließlich Frankreich früher oder später von einem Ruhrland unterworfen werden, das sich vor allem als Gegner Englands fühlt. Zugleich aber verzichtet das gewaltame Vorgehen Frankreichs in Mitteleuropa alle nationalen Instinkte auf, zerstört jede Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung und tötet jede Aussicht auf die Erlösung aus dem militaristischen Apadur.

Herr Poincaré mag nur an Pfänder denken, er entfesselt, mag er es wissen oder nicht, neue unheilvolle Kriegsmöglichkeiten, er entfesselt den künftigen Krieg. Das ist die Verantwortung, die er übernimmt, das ist die Verantwortung, die alle tragen, die seine Politik unterstützen oder sie nicht hindern.

Deshalb muß zunächst immer wieder gefragt werden: Deutschland ist zu jeder Verständigung, zu jeder Regelung der Reparationsfrage auf wirtschaftlicher Grundlage bereit. Es ist bereit, bis zur äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit zu gehen, es ist bereit, Garantien und Pfänder zu geben sowohl durch seine Staatsentnahmen als durch Sicherstellung auf seine Wirtschaft. Es ist nur zu einem nicht bereit, sich der Annexionspolitik zu unterwerfen und die wichtigsten deutschen Industriestädte preiszugeben und seine Bevölkerung zu opfern.

Ein solcher Standpunkt liegt nicht nur im deutsehnen, sondern auch im internationalem Interesse. Denn mit dem Frieden gefährdet die französische Politik zugleich und in noch gefährlicherem, nicht wieder gutzumachendem Maße die Weltwirtschaft. Die französischen Wahrnahmen werden die deutsche Wirtschaft so empfindliche Wirtschaft aufschrecken lassen. Die Störung und Minderung der Kohlenerzeugung und Kohlenauffuhr werden eine schwere Krise erzeugen, die deutsche Wirtschaft wird weiter sinken, die Kaufmächtigkeit des deutschen Marktes rapid zurückgehen. Das bedeutet aber die Steigerung der deutschen Kredit- und Zahlungsfähigkeit. Die französischen Verdunstungen der Erträge aus den Pfändern sind trügerisch und illusorisch. Sie sind an die Voraussetzung des ungelösten Fortgangs der deutschen und europäischen Wirtschaft gefügt, eine falsche Voraussetzung. Die Erträge werden nicht mehr ausreichen, um die Kosten der Pfändner zu decken, sie werden aber doch höhere Rendite haben, die deutsche Zahlungsfähigkeit auf lange Jahre hinaus zu vernichten. Nur als Wirtschaftspolitik ist die französische Politik überhaupt zu begreifen, als Wirtschaftspolitik ist sie nicht zu verstehen.

Daher der Widerstand Englands und der Vereinigten Staaten. Sie wissen, daß nur die Herstellung des Wirtschaftsfriedens und der Sicherheit Deutschland befähigen kann, seine Kreditfähigkeit wiederherzustellen, die Mark zu stabilisieren, das Budget zu ordnen und so Reparationszahlungen zu leisten. Sie wissen, daß nur ein vollproduzierendes Deutschland wieder ein aufnahmetüchtiger Markt und damit die Weltwirtschaft wieder konzentriert werden kann. Aber mit der Erfahrung allein ist es nicht getan. Alles hängt davon ab, ob diese Erfahrung auch Zutreffen zeugt wird. Beginnt erst das Un-

heil seinen Kauf, dann ist ihm schwer Einhol zu tun. Wenn ja, so heißt es hier, dem Anfang widerstehen.

Die deutsche Regierung kann in dem jetzigen Zeitpunkt nicht zu viel tun. Aber sie muss mit aller Deutlichkeit erkennen lassen, dass sie ihrerseits bereit ist, ieders amerikanische Vorgehen zu unterdrücken durch die feste Entschlossenheit, jede wirtschaftliche Lösung anzunehmen, die irgendwie erträglich ist. Das wird auch jenen Teil der französischen Politik beeinflussen, der heute Herrn Poincaré gewähren lässt, ohne Vertrauen in seinen Erfolg, aber ohne Zutrauen in ihre eigene Kraft. Nun wieder muss die französische öffentliche Meinung vor die Wahl gestellt werden, ob sie wirklich eine militärische Machtpolitik, die große Kosten und große Gefahren bedeutet, der dauernden wirtschaftlichen Zusammenarbeit vorgezogen will.

Krieg und Kriegsgefahr ist also der Einsatz, um den dieses Blödspiels geht. Für die Arbeiterschaft aber erwacht die große Aufgabe, in dieser entscheidenden Situation nicht untätig zu bleiben. Ein neuer Krieg beginnt. Es bleibt ein Krieg, auch wenn Deutschland sich nicht gewaltsam wehren wird. Es ist die Aufgabe der gewerkschaftlichen und der wiedereinsetzbaren politischen Internationale, den Kampf gegen diesen Krieg zu organisieren. Vier Jahre nach seinem Friedensschluss stürzt der Kapitalismus seine Welt in neue Wirren, in neues Unheil. Allagen wir an, bereiten wir uns vor, das Urteil zu vollziehen!

Die Nationalistendiktatur im Bayern

Wie weit die Herrschaft der Nationalisten um Ludendorff und Nationalsozialisten um Hitler bereits gediehen ist, und wie diese Freiheit die bayerische Regierung regieren, das zeigt folgende Meldung:

München, 8. Januar. In einer von den bayerändischen Vereinen München veranstalteten Versammlung sprach der Regierungspräsident von Oberbayern, Dr. von Rohr, der u. a. schreibt, es gelte nur zu entscheiden zwischen deutscher und nicht-deutscher national und international, zwischen christlicher und marxistischer Weltanschauung. Der Ministerpräsident Dr. von Müller betonte in einer Ansprache, dass die jetzige Staatsregierung sowohl die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung wie die Wahrung der unveräußerlichen Rechte Bayerns für ihre Aufgaben ansiehe. Später sprachen General Ludendorff und der Führer der Nationalsozialisten Hitler.

München, 8. Januar. (Eigene Meldung) Der Präsident der Bayerändischen Verbände Dr. Stach sprach in der erweiterten Versammlung von den Karben schwurversprecht als dem Westen vom deutschen Westen, von der deutlichen Freiheit, die ein blinder Wahnsinn vom Thron gestoßen und der wir wieder zu diesem Rechte verhelfen wollen. Adolf Hitler erklärte sich für Gott die selbst, so dass die Gott. Hitler glaubt, dass es in diesem Jahre noch hart auf hart gehen wird. Ein zweites Mal würde man aber nicht mehr einen 2. November hinnnehmen.

Der Ministerpräsident eng beschäftigt mit dem Hitler, der die bewaffneten Söldnertruppe organisiert und öffentlich den Faschistenterror nach italienischen Muster austreibt! Da die Regierung sein Treiben freut und begünstigt, ist Hitler bereits heute der Starke. Er wird die weiteren Maßnahmen der Faschisten und dem Zeitpunkt des Faschismus bestimmen!

Die sogenannte „Großdeutsche Arbeiterpartei“ ist zwar für Überlebensmittel und Bettln verboten, weil sie die Fortführung der ebenfalls verbotenen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ist. Sie hat aber jetzt in Arnswalde eine Versammlung abgehalten, um von dort aus Berlin zu umtreiben. Nach einer Wallung von dort flüchteten Kommunisten den Saalgang, wobei es zu Täufleien und Verleugnungen kam. Die „Großdeutsche Arbeiterpartei“ sollte für ganz Preußen verboten werden, da sie nur eine andre Form für die Münchner Faschisten ist.

Komplott zur Mörderbefreiung

Nationalistische Organisierung der Flucht Tschows

Folgende Meldungen bürgerlicher Nachrichtenbüros kommen aus Rüstlin und Sonnenburg:

Der Rathenau-Mörder Tschow ist in Gemeinschaft mit einem früheren Fliegeroffizier namens Schauer einen Fluchtversuch aus der Strafanstalt Sonnenburg gemacht, der im letzten Augenblick dadurch vereitelt wurde, dass andre Gehilfen der Strafanstalt, denen Tschow unvorstellbarweise Mittellungen gemacht hatte, den Fluchtweg verraten. Die von der Justizleitung angestellten Ermittlungen führen zur Verhaftung von zwei Gefangenwärtern. Der Oberreichsanwalt entsandte sofort einen Vertreter nach Sonnenburg, der die

Leben • Wissen • Kunst Der Mord als Wohltat

II

Es ist in Wahrheit noch immer ein „Recht zum Mord“, was er verlangt wird; man darf nicht übersehen, dass unter allen Umständen der Tatenstand bestehen bleibt: ich stehe vor einem Du, das unter Schmerzen geboren ward und als Persönlichkeit sich entfaltete, und nun soll ich mit eigener Hand und vollkommenem Überzeugung dieses Mensch-Du vernichten. Wie dies auch verumkundet ist, es bleibt Angelegenheit durchausserster Verantwortung, und so mancher wird sich solcher Tat ein für allemal weigern, wird Gewissensbisse und Nach-Zweifel fürchten und der Erkenntnisfähigkeit für das Unentumhabe-Schwachsinn der Tage mietheten, und alles dies, ohne das wir ihr der Gesellschaft geben dürfen. Wir dürfen es nicht; denn wir können ihm nicht mit unschaltbarem Ja antworten, wenn er fragt: Gibt es absolut unheilbare Krankheit? Ist der Will eines Sohnes hindurch Vermutterten noch ein fehlbarer Zielbestreiter, auf den wir uns verlassen dürfen? Ist es ausgeschlossen, dass die den „Willen zum Tode“ mit dem „Willen zur Leidensförderung“ verwechselt? Wir können nicht mit gewissem Reim antworten auf die Fragen: Kann nicht morgen der Wille des Kranken sich wandeln? Kann nicht übermorgen ein Heilmittel gefunden sein? Und wenn wir dies morgen bedenkt, seht die dann Sicher, vor Meute, für alle Zeit von Verantwortung entlastet? Gieft ihr nicht ein in Zusammenhang, über die menschliches Denken nicht entscheidend kann und darum, da es sich um Leben und um Unwohlbehördigliches handelt, nicht entscheiden darf und soll?

Ich stelle diese wenigen Fragen, um die ungemeinliche Erzeugende und Beweisstetigkeit den japanischen Ernst des Prozesses anzudeuten. Seltens wohl ist es beträchtlicher, als in diesem Problemfall „Der Mord als Wohltat“ zu sagen: Wer nicht alle seine Taten erneut und bis zur äußersten Endtugend durchdrückt hat und dies nachweist, der löse die Finger davon! Der verständigt sich, wenn er darüber in der Öffentlichkeit mitzureden, die Offenheit in dieser Sache zu beeinflussen sich unterfangt. Ich bin genötigt, dem Dramatiker Herbert Gulenberg in diesem Sinne den Vorwurf der Leichtfertigkeit zu machen. Gulenberg-Drama „Mächtiger als der Tod“ wurde fürtlich den heisigen Artikel zugestellt (erschienen bei Engelhorn in Stuttgart) und wird demnächst im Staatstheater gegeben. Das Werk stellt den Fall eines Mordes dar, der für die Gemüter eine Erlösung von unheilbarer und schmerzvoller Krankheit sein soll. Und mit klänglichen Worten wird dieser Mord als Wohltat, als gutes Werk, als höchste Menschenrechte darin gefeiert. An sich ist solche Stellungnahme des Dramatikers nun so berechtigt wie die gegenteilige etwa eines Aufsatzes, Kriegs oder Juristen. Aber vielmehr: Sie könnte viel-

gerührt vornehm. Die Vernehmung Tschows ergab so schwer belastende Momente, das bei weitem wichtigeren Ausschreitungen in Haft genommen wurden. Tschow sagte aus, dass der Fluchtplan von langer Hand vorbereitet worden sei. Die Befreiung sollte von außen erfolgen. Man sah bei den Verhafteten genaue Spuren des Buchhauses und der Umgebung vor sowie eine gewisse Summe in französischen Banknoten. Angeblich wollte Schauer versuchen, nach Frankreich zu flüchten. Weitere Auslagen führten zu einer Verhaftung in Teplow bei Berlin. Ein Freund Schauers hatte von dort einen Anzug gekauft, der als Erstes für die Gefangeneneidung dienen sollte. Es scheint sich herauszustellen, dass ein Konsortium von sechs bis acht Personen an der Befreiung Tschows und Schauers arbeitete. In der Strafanstalt Sonnenburg gab nunmehr besondere Sicherungsmaßnahmen getroffen werden.

Die deutschen Nationalisten lassen ihre Mordhelden nicht im Stich! Das wird wieder durch diese Meldungen bestätigt. Dies deutsch-nationale Mordgesindel hält zusammen wie die Flecken. Gelder stehen millionenweise zur Verfügung, sogar ausländisches Geld wird beschafft — die Geldgeber bleiben im Dunkeln. Gefangenistarbeiter werden bestochen. Buchhauspläne erlaufen, Autos besorgt, alles wird klappen. Im Übergang

proklamiert man schon vom Gelingen und plaudert sorglos davon zu den andern Gefangenen. Nur dieser Übermut wurde ausfällig zum Verhängnis. Heute Tschow nicht geplappert, so wäre er heute oder morgen frei und bereits in München oder Ungarn oder Frankreich. Eine so brauchbare Mörderkraft können die deutschen Nationalisten nicht unfähig im Buchhaus sitzen lassen. Vielleicht war er bereits zu wichtigen neuen Anschlägen in Aussicht genommen. Die Münchner Nationalsozialisten brauchen für ihre bewaffneten Stoßtrupps sicherlich auch gewandte Autoführer.

Aus allem ergibt sich, dass die Geheimorganisationen zur Geworbung deutscher Politiker lebendig bleiben und ungeschwächt weiter wirken. Diese Konsortien zur Befreiung der Mörder stehen zweifellos mit den Geheimorganisationen in Verbindung, beziehen ihre Gelder durch sie und werden von ihnen geschüttet. Die Räden aufzuhören gelingt nicht, weil die „Oberen“ sozusagen geheim bleiben und die Ausführenden unter dem Terror der Drohung des „sozialen Sturmangriffs“ stehen. Der Rathenauprozeß hat das bewiesen.

Ob die Cuno-Regierung gegen dies Treiben nachdrücklich und geschickt vorgehen wird, muss sich erst zeigen. Das sozialistische Volk hat alle Ohren, die Augen offen zu halten!

Deutschlands Befreiung

Berlin, 8. Januar. Die französische Presse veröffentlichte eine Denkschrift der französischen Regierung über die deutschen Gaslieferungen, die den Nachweis erbringen sollte, dass Deutschland bei der Niederwerbung von Kohle, Holz, Pfastersteine, Schotter und Sticksstoff und in der Behandlung der so genannten Le Trocquerischen Pläne gegenüber den ihm obliegenden Verpflichtungen sich systematisch absichtliche Verfehlungen habe auszuhallen können lassen.

Den Behauptungen der Denkschrift ist bezüglich der Gaslieferungen bereits in einer ausführlichen Veröffentlichung entgegengesetzt worden.

Was die

Holzlieferungen,

für die der eine deutliche Verfehlung feststellende Beschluss der Reparationskommission ergangen ist, und die übrigen in der Denkschrift behandelten Fragen erläutert, so wird hierzu von zuständiger Stelle mitgeteilt:

Die Denkschrift beruft sich auf die auch in der deutschen Presse mehrfach erörterte Entscheidung der Reparationskommission vom 26. Dezember 1922, die gegen die englische Zusage eine Verfehlung der deutschen Regierung bei der Ausführung der Holzlieferungen an Frankreich im Jahre 1922 festgestellt hat. Es handelt sich hierbei um eine Anforderung von 35 000 Kubikmeter Schnitholz und 200 000 Telegraphenlängeln, von welchen Mengen Deutschland bis zum 30. September 1922 35 000 Kubikmeter bzw. 65 000 Stück geleistet hat.

Auf Grund eingehender Darlegungen kommt die deutsche Regierung zu dem Schluss:

Es ergibt sich für jeden objektiven Beurteiler unzweideutig, dass es nicht eine Verfehlung der deutschen Regierung ist, wenn die seitens der Reparationskommission unterschwerenden Bedingungen außerlegten Holzmengen im Jahre 1922 nicht voll erfüllt werden konnten; es ergibt sich vielmehr mit zwingender Deutlichkeit, dass sämtliche deutschen Dienststellen in sachlicher und finanzieller Einsicht jedes Maß von Eifer und Entgegenkommen an den Tag gelegt haben, um den die Leistungsfähigkeit Deutschlands übersteigenden Anforderungen gerecht zu werden.

Sticksstoff

Auch die in der letzten Zeit mehrfach in der deutschen Presse erörterte Ablehnung der französischen Sticksstoffverhandlungen ist unter den in der Denkschrift aufzuführenden Verfehlungen enthalten. Die Verfehlung wird anscheinend in der Zufügung der Ablehnung erblickt, und als erschwerend wird angeschaut, dass die deutsche Regierung sich gleichzeitig bereit erklärt habe, gegen Verhandlungen von Interessenten beider Länder über solche Sticksstofflieferungen gegen Vorauszahlungen keine Einwendungen erheben zu wollen. Zur Begründung des französischen Sticksstoffbedarfs wird bemerkt, dass Frankreich auf Chilealpeter angewiesen sei, da es nicht die nötigen Rohren besitzt, um seine Sticksstofflieferungen intensiver zu gestalten.

Leicht ebenso berechtigt ein. In der Tendenz Gulenberg liegt an sich noch nichts Bedeutliches. Doch um so schlimmer steht es mit der Gestaltung. zunächst stellt er den Mord als Ergebnis einer durchaus primitiven, unbeschachten, weitschiffigen Mitteldiagramm dar und gibt den in solchem Fall unentbehrlichen gegenseitigen Erwürgungen überhaupt nicht statt oder auch nur deren Ausdruck; er bereitet den Zuschauer so in eine gegenüber der prinzipiellen Schwere des Falles ganz „falsche“ Stimmung; man mag Missfall eine hohe und gute oder eine abwegige Empfindung nennen, jedenfalls hat sie gegenüber dem Mordproblem nur eine und keinesfalls die entscheidende Stimmung. Tritt es nahezu allein als entscheidend auf, so wird damit ein fundamentales Lebensproblem seiner Bedeutung entkleidet und eine schwere Verwirrung der Zuschauer bewirkt; dies alles ist ein für allemal nicht gefährlich, sondern Angelegenheit verantwortungsbewusster Prüfung. Ebenso schlimm aber scheint mir, dass Gulenberg diesen ganzen Fall inmitten vieler kleiner Szenen geschieht lädt, welche vielfach durchaus komödiantisch, lachenerregend und „leicht“ wirken (obwohl einiges Ernstes ja auch sonst in dem Stück noch möglich ist); dass er den „Mord als Wohltat“ in einer Atmosphäre von Grotto, Spiel, Humor, Gefühlsliebe und Schriftlichkeit rückt, die vollauf den Ernst der Kern-Angelegenheit beweicht. Und den bringen auch die sentimentalen „hochpoetischen“ Verse nicht hinein, die zuweilen, g. g. am Schluss, vorkommen.

Man wird dogenweise vielleicht sagen, Gulenberg gebe doch keinen „Genuß“, keine Abhandlung, sondern ein „Leben- und Freudenstück“, eine Dichtung; und dichterisch-ästhetische Vorzüge und Würdighen rechtfertigen am Ende dann doch manches; vor allem schildere Gulenberg nur einen Fall, ohne die gegebene Lösung als notwendige und allgemeingültige hinzustellen. Ich will nun heute nicht begründen, warum ich meine, dass die dichterische Art dieses — noch meinem Dafürhalten sehr geringwertigen — Werkes nicht „rechtschaffen“ ist. Ich will aber um so leiser herausschreien, dass mein unbefangener Verstand aber Gulenberg je glauben wird; Gulenberg trete hier nicht für den „Mord als Wohltat“ ein, sondern schuldere nur Vorkommendes. Im Gegenteil: alles beweist, dass er für den Mord-Wohltäter und seine Tat Sympathie geradezu herausfordert und erzwungen möchte und sonst dafür eintritt, wie nur je ein Dichter schaffen „für etwas“ eintritt. Damit aber stellt er sich — was er sich so üblich wie berechtigt ist — auf den Boden der politischen Moral und der Sozialpolitik und verlässt die angeblich schüngende Atmosphäre der reinen Kunst.

Und auf diesem Boden befähige ich ihn. Wie scheint, es darf nicht sein, dass von der wissenschaftlichen Seite der Ideenpropaganda, von der Bühne her, eine Frage leichtfertig und gefühlvoll behandelt wird, die zu den ernstesten und den nüchternen Erwürdigung bedürftigsten Menschenfragen aller Zeiten gehört.

Ich würde mich gar nicht wundern, wenn Vergleiche, Gefühle, Ju-

Von der deutschen Regierung wird gesagt:

Es liegt ebenso wie beim Holz und der Kohle eine Überforderung an Naturalisierungen vor. In den Verhandlungen wurde den französischen Sachverständigen einwandfrei nachgewiesen, dass der in Deutschland zur Zeit erzeugte Sticksstoff bei weitem nicht ausreicht, um den eigenen für die Volksnährung unabdingbar erforderlichen Bedarf zu decken. Die deutsche Regierung hat insgesamt gebeten, von einer Fortsetzung auf Lieferung von Sticksstoff abzusehen.

Was endlich die eigene Sticksstoffserzeugung Frankreichs betrifft, die, wie die Denkschrift behauptet, wegen Mangels an Kohle nicht intensiver gezielt werden könne, so muß dem entgegengehalten werden, dass die meisten französischen Werke für den Betrieb mit Wasserkraft vorgesehen sind, das aber Frankreich diese Werke nur zu einem kleinen Teil betrifft. Die Sticksstoffserzeugung dieser Werke ist bei voller Förderung selbst nach französischen Angaben auf 850 000 Tonnen Sticksstoff zu beschränken.

Würde Frankreich seine eigenen vorhandenen Werke voll in Betrieb nehmen, so würde es daraus voraussichtlich, ohne eine Tonne Kohle mehr zu verwenden, fast die gleiche Sticksstoffmenge erhalten, die es jetzt von Deutschland anfordert.

Pflastersteine

Die Entstehungsgeschichte und Durchführung einer Pflastersteinlieferung gibt der französischen Regierung Veranlassung zu der Behauptung, „dass Widerstand sich systematisch auf allen Lieferungsbereichen zeigt“. Die Denkschrift bemängelt das geringe Angebot gegenüber den Anforderungen, die Rückhaltung der Liefertermine, die schlechten Qualitäten der Lieferungen und die ständige Unglücksfälle mit den Preisbewilligungen. Aus alledem wird die Schlussfolgerung gezogen, dass auch hier böser Wille Deutschlands offenkundig sei. Eine einfache Darstellung der nötigen Tatjachen soll die ungerechtfertigte Behauptung selbst richen. Auch hier richtet sich die Klage gegen die Kläger, wenn gezeigt wird, wie überpannt die ursprüngliche Forderung war und wie unzureichend die Preise.

Die ursprüngliche Forderung lautete auf 80 Millionen Pflastersteine, die bald selbst von der Reparationskommission zuerst auf die Hälfte reduziert wurde. Auf Grund einer am Januar 1921 erfolgten Besichtigungskreise der französischen Sachverständigen durch die Steinbrüche überzeugte sich Frankreich selbst von der Unmöglichkeit der Durchführung der Forderung. Hieran anlässlich erwähnt die Reparationskommission selbst die monatliche Liefermenge von 16 000 auf 7500 Tonnen vom 1. August 1922 an. Diese Erfahrung wurde im wesentlichen auch eingehalten, in einigen Monaten sogar überschritten. Durch Streik und Transportschwierigkeiten sowie durch Ursachen, die die Gegenseite zu berücksichtigen hat, wurden die Lieferungen in einigen Monaten gehindert. Jänner beträgt die geleistete monatliche Durchschnittsmenge etwa 7000 Tonnen, nicht wie behauptet wurde, 5000 Tonnen.

Le Trocquerische Pläne

Dieses Projekt geht davon aus, dass Deutschland zur Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen die Ausführung

einer Politiker gegen dieses sehr geringwertige wie sozialschädliche Werk öffentlichen Einspruch erhöhen; dan aber um so mehr befremdet darüber, dass unser Staatstheater durch eine Aufführung dieses Dramas einen solchen Proletz herausfordert.

Wolfgang Schumann,

Konzert

Wolfsinfoniekonzert. Die klassizistische, epigonale Operette muss oder wie man auch sagt: die Kapellmeisterin gerät immer schnell in Vergessenheit, sobald ihr Komponist nicht mehr lebt als Drama für ihre Verlebendigung eintreten kann. Es gehen der Nachwelt dadurch nicht gerade ganz bedeutende Werke verloren, aber doch viele kleine, schöne Einzelstücke, an denen solche Sinfonie stets reich ist. Der Clemmiger Chordirigent Franz Maierhofer hat seiner C-Wolf-Sinfonie Nr. 2, die er mit dem Violinonettospieler Hermann Schmid überzeugend verarbeitet, manchen interessanten Eindruck verliehen (Anfang des ersten und vierten Satzes); ferner das reizvolle Wechselspiel zwischen Bassicatostrichen und Holzbläsern im zweiten Satz, als Ganzes wird das Werk nicht einige Dauer bewahren. Der Erfolg beim Publikum war sehr gut. Der Sinfonie folgte Beethoven berühmtes Septett in tonisch ganz von zägiger Weiberrede durch die Herren Dahmen, Rippahn, Kropf, der schnellen Menzelzeitmaß hätten allerdings Seute im Reizrock nicht tanzen können.

Dresdner Kalender

Theater am 10. Januar. Opernhaus: Lennhäuser (6). — Schauspielhaus: Schind und Jau (7½). Wolfsinfonie Nr. 209 bis 2071. — Neustädter Schauspielhaus: Die Königin (8½). — Zittauer Schauspiel (7½). — Residenz-Theater: Der Weltmeister (8½). — Schauspielhaus: Eulenspiegel (8½); Grobtonia (7½).

Opernhaus. Im Lennhäuser am Mittwoch (6) singt den Wolfmann Friede. Friede, der in dieser Rolle vor seinem Amerikauaufzug zum letzten Male auftritt. Der Tiefton wird Ad. Bülow, der gleichfalls Ende der Woche nach Amerika reist, passieren. Die übrigen Hauptrollen sind mit Boltzman, Ebd. Stünzer, Biedermann, Stephan besetzt. Bachanale im Venusberg mit Suzanne Dombois und Walter Kreideweis. Musikalische Belebung: Kutschbach; Spielleitung: Toller.

Schauspielhaus. Freude (7½) wird wegen Erkrankung des Herren Lothar Wehner statt Polareizei Gerhart Hauptmanns Wandszenen-Drama. Die verschworene Elope mit Maximilian Weißbau, Hedwig Herder, Jenny Schaffer, Friedrich Lindner, Alfred Meyer und Adolf Müller in den Hauptrollen gegeben.

öffentlicher Arbeiten im nicht zerstörten Frankreich als Generalunternehmer auf seine Kosten übernehmen soll. Es handelt sich hierbei um den Ausbau von Kanälen und Flüssen und die Anlage von Wasserkraftwerken. Der hierfür erforderliche Aufwand ist auf 4824 Millionen Frank veranschlagt. Die Reparationskommission hat diesen Plan vorläufig genehmigt und es der französischen Regierung überlassen, ihre Anforderungen der deutschen Regierung zu zustellen und die notwendigen Belehrungen und die Ausarbeitung eines endgültigen Projektes zu veranlassen.

Um eine deutsche Verschiebung der Antwort lästiglich zu konstruieren, hat man in der Denkschrift das Datum der Übereinigung an die deutsche Regierung fortgelassen, offenbar in der Absicht, in dem Leser den Glauben zu erwecken, daß zwischen der Übereinigung und der Annahme des Wortes "Wochen" mehrere Monate liegen hätten. Die Denkschrift, die nur die *tenenziösen* zusammengestellten Daten der Behandlung des Projektes durch die deutsche Regierung enthält, läßt keinerlei unmittelbare Folgerungen an ihre Darstellung. Da never die Weigerung der Übernahme einer Verpflichtung, noch eine Nichterfüllung einer solchen, noch sonst irgendwelche Verzug gegen den Friedensvertrag sich konstruieren ließ, bestätigte sie sich damit, nach Feststellung des Sachverhalts auf ein andres Gebiet überzugehen.

Sie führt, da ihr offenbar kein weiteres jährliches Material zur Verfügung stand, angebliche Mitteilungen zweier nicht benannter, französischer Industrieller an, die behaupten, daß die deutsche Regierung systematisch Obstruktion gegen die Sachlieferungen treibe, und endet schließlich mit der Behauptung, daß das Stinnes-Lüderac-Abkommen sein praktisches Resultat gezeigt habe.

Auf Grund solchen Materials kommt die Denkschrift zu dem Schluß:

"Es bringt sich daher die Schlussfolgerung auf: Sowohl hinsichtlich Sachleistungen wie hinsichtlich Lieferung von Arbeit und wie auch hinsichtlich der Barzahlungen besteht die hauptsächlichste Sorge Deutschlands darin, sich so lange wie möglich und so vollständig wie möglich der Zahlung seiner Schulden zu entziehen, die es unterschiedlich der Entente und Frankreich gegenüber eingesangen ist."

Das ist eine absichtliche Verschleierung gegenüber seinen Verpflichtungen, die in systematischer Weise und allgemein angewendet wird."

Gegenüber dieser Schlussfolgerung sei auf den oben festgestellten Tatbestand Bezug genommen.

Zusammenfassend

ist folgendes festgestellt:

Es wird zugegeben, daß die deutsche Regierung die ihrer seitens der Reparationskommission auferlegten Verpflichtungen auf den Gebieten der Holz-, Kohlen- und Pfistersteinlieferungen nicht in vollem Umfang erfüllt hat, obwohl die sämtlichen beteiligten Dienststellen von Anfang an den festen Willen gehabt und ihn auch in allen Säben der Durchführung immer wieder an den Tag gelegt haben, die Lieferungen bis zur Grenze des Möglichen auszuführen, auch wenn dadurch der deutsche Wirtschaft unverträglich erscheinende Lasten aufgebürdet werden. Das teilweise Versagen dieser Bemühungen ist darauf zurückzuführen, daß diese Forderungen von vornherein die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft weit überstiegen, daß Streiks, Transportschwierigkeiten und andere nicht von der deutschen Regierung zu vertretende Umstände und nicht zum wenigsten vertragswidrige Handlungen französischer Dienststellen die Lieferungen gehemmt haben. Von einem Verschulden oder gar einer absichtlichen Verschleierung der deutschen Regierung kann hierauf nicht im entferntesten die Rede sein. Bei den Stahlrohrlieferungen und dem Le Trocadero-Projekt handelt es sich um Vorverhandlungen, bei denen die deutsche Regierung vollkommen korrekt verfahren ist. Eine Verfehlung gegen bestimmungen des Friedensvertrages kann um so weniger in Frage kommen, als eine Anforderung der Reparationskommission in dieser Hinsicht überhaupt nicht vorlag. Das Stinnes-Lüderac-Abkommen ist ein reiner Privatvertrag, dessen Ausführung allein den beiden Vertragsparteien überlassen und bestimmungsgemäß der Einwirkung der deutschen Regierung entzogen ist. Im übrigen hat dieses Abkommen bloß nicht verfügt, sondern die rechtlichen Ergebnisse erzielt, die sich bisher in dem kurzen Zeitraum seiner Gestaltung erwarteten ließen. Daß man es im Rahmen der Denkschrift zur Feststellung eines Verschuldes der deutschen Regierung mit heranzieht, ist nur ein Beweis dafür, wie wenig tatsächlich Material der französischen Regierung für ihre Behauptungen zur Verfügung steht.

Der Scharmane zusammen mit Gogols Komödie Die Spieler geben. Die Märchenaufführungen Die Wälfelönigin finden bis auf weiteres Mittwoch, Sonnabend und Sonntag (8½) statt.

Nebenamt-Theater. Das Fräulein Grete Grill erkannt ist, macht sich eine Spielplanänderung nötig. Es gelangt daher Dienstag den 9. Januar nochmals Der Zigeunerbaron, Operette in drei Akten. Musik von J. Strauß, mit Lola Karol, Otto Warde und den bekannten Besetzung in Szene. Mittwoch den 10. und Donnerstag den 11. Januar gelangt *Frasquita*, Operette in drei Akten. Musik von Franz Lehár, in Szene. Die *Frasquita* singt Margarete Nöhner a. G., den Armand Mirbach u. Erich Südmann a. G. beide vom Stadttheater Leipzig. Das Weihnachtsmärchen Der Edelhälfte König gelangt jeden Sonntag, Mittwoch und Sonnabend (8½) zu kleinen Preisen zur Aufführung.

Männer- und Frauenchor Pesterwitz. M. d. D. K. S. B., Dirigent: Arno Stark, Dresden. Sonnabend den 18. Januar, abends 7 Uhr, im Goetheanum Rothenburg: Volksbürtlicher Männer- und Frauenchor aus Bautzen. Mitwirkung: Kammermusikensemble Arthur Wehner, 1. Violine, Max Scherzer, 2. Violine, Alois Hahn-Kabels, Cello, Arno Stark, Viola. Eintritt 80 R. einschl. Kartentaxe.

Der Neustädter Männergesangverein Germania (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes) veranstaltet am kommenden Freitag (9.) im Stadttheater ein Konzert unter Mitwirkung von Liesel, Käthe und Hans v. Schuch (Gesang und Cello) und Dr. Arthur Chiz (Vorlesung). Eintritt 80 R. und 20 R. Steuer.

Hochschule. Freitag den 12. Januar beginnen: Dr. Richard Böttiger: Geschichte, 8 Uhr, im Ehrlichischen Saal; Blochmannstraße 2/4; Arthur Gebauer und Heinrich Raben, Technisches Rechnen I, 7 Uhr, in der Kreuzschule, Georgplatz 6; Theodor Schulze: Die Hauptbetriebskosten in den gegenwärtigen Lohnpolitiken der europäischen Staaten, 7 Uhr, in Zimmer 17 der II. Hoch- und Fortbildungsschule, Johannisstraße 18, II. Obergeschoss. Sonnabend den 13. Januar beginnt: Kurt Henke: Einführung in die Chemie mit besonderer Rücksicht auf technische und volkswirtschaftliche Fragen, II. Teil, 7½ Uhr, im großen Auditorium der Höheren Gewerbeschule und technischen Mittelschule, Dürerstraße 43. Teilnehmerarten zu allen Vorträgen in der Geschäftsstelle (bis 6. Januar in der Poststelle, Wallstraße 19, I. täglich geöffnet: 10 bis 2 Uhr, außerhalb Dienstags und Donnerstags 8 bis 7 Uhr), oder, solange vorhanden, bei den Ausflusleitern.

Die Arbeitsgemeinschaften von Alfred Münnich (Das antike Theater und die Zusammenhänge des modernen Theaters mit dem antiken und griechischen Bestandteile in der deutschen Sprache) beginnen erst Freitag den 19. Januar in der Dreikönigs-Schule; die Vortragsreihe von Herrn Dr. G. Gierbaum (Der Mensch, sein Körperbau und die Tätigkeit seiner Organe) erst Dienstag den 16. Januar; auf eigenen Wunsch des Vortragenden wird die Vortrags-

Neuer Kurs in der Lohnpolitik

Trotz dem Stillstande in der Geldentwertung von Ende November bis Ende Dezember sind die Lebenshaltungskosten stark gestiegen. Eine Anpassung der Löhne an die steigenden Preise ist deshalb erforderlich, sofern man nicht eine starke Verschlechterung der Lebenshaltung beabsichtigt. Die Anpassung der Löhne an die steigenden Preise im Jahre 1922 war gewiß stets unzureichend. Trotzdem leisteten auch in den Monaten März bis Juni, als die Mark verhältnismäßig stabil war, Regierung und Unternehmer keinen prinzipiellen Widerstand gegen Lohnherhöhungen.

Unter der Regierung Cuno scheint gerade darin eine entscheidende Wendung eingetreten zu sein. Will man etwa nur auf diesem Gebiet positive Leistungen vollbringen? Der berechtigte Wunsch der Bergarbeiter nach Erhöhung der Löhne begegnet jetzt ebenso heftigem Widerstand als das entsprechende Verlangen der Reichsarbeiter und anderer Arbeitergruppen. Vieles deutet darauf hin, daß dieser Widerstand nicht zufällig so gleicher Zeit erfolgt, sondern daß er der Ausfluß des Willens einer bestimmten Stelle in der Reichsregierung ist, die hier in Verbindung mit der Industrie einen neuen Kurs in der Lohnpolitik einschlägt.

Durchaus aufgänglich weiß nämlich auch der Bergarbeiter-

verband auf den Reichswirtschaftsminister Beder als den besonders für die augenblicklichen Schwierigkeiten im Bergbau verantwortlichen hin.

Die fortlaufende Geldentwertung hat nun schrittweise die höheren Gehältnisse umgestaltet. Je größer das Maß und je schneller das Tempo der Geldentwertung ist, desto mehr möchte die Steigerung der Löhne und Gehälter hinter dem Maß der Versteigerung des Lebensmittelunterhalts zurückbleiben. Aus diesem Grunde lastet auf den Gehältern und Löhnen ein fortwährender Druck in der Richtung nach der Untergrenze, dem absoluten Existenzminimum zu.

Verteidigt man angesichts dieser Lage den Arbeitern die Erhöhung ihrer Geldlöhne, so ist das gleich dem Versuch der erheblichen Herabminderung des Reallohnes.

Nur berufen ^{zu} die Unternehmer ^{zu} auf das Ausland. Beim Umschlag der Konjunktur seien auch hier die Löhne herabgesetzt worden. Die Zulöse des Lohnabbaus im Ausland ist richtig. Er ist jedoch erst erfolgt, nachdem erstmals die Lebenshaltungskosten bereits monatelang gefunken waren. Der Lohnabbau folgte also dem Preisabbau, während er nach den Absichten der deutschen Unternehmer dem Preisabbau vorzugehen soll. Zweitens ist aber auch in allen wirtschaftlichen Ländern die Herabsetzung der Geldlöhne keine Herabsetzung des Reallohnes gewesen. Alle Angaben über die Lohnverhältnisse im Auslande lassen erkennen, daß die fortlaufende Herabsetzung der Geldlöhne in den volkswirtschaftlichen Ländern nirgends den Reallohn unter den Kriegsstand herabgedrückt hat. Im Gegenteil. Auch nach etwa anderthalbjähriger Dauer der Periode der Lohnherabsetzungen war der Reallohn noch überall und zum Teil sehr erheblich höher als vorher.

Es unterliegt deshalb keinem Zweifel, daß die deutsche Arbeiterklasse dem Versuch, der Minderung ihres ohnedies erheblich gesunkenen Reallohnes Widerstand entgegenstellt wird. Verantwortlich für die daraus entstehenden Kämpfe, für die Unruhe im Wirtschaftsleben, für den drohenden Rückgang der Arbeitsleistung der Arbeiter und der deutschen Gewinnerzeugung sind dann aber die Unternehmer und die Regierung Cuno, mit deren Einverständnis anscheinend die Unternehmer diese Kräfte herausbeschöören. Wir möchten deshalb rechtzeitig vor den Folgen dieser nur von den Interessen der Unternehmer dictierten Haltung warnen.

Aus dem Landtag

Vorlagen der sächsischen Regierung

Die sächsische Regierung hat dem Landtag ein Gesetz vorgelegt, in dem sie um Entlastung ersucht, eine Anleihe von 8 Milliarden Mark zum Ausbau der staatlichen Kohlen- und Elektrizitätsgesellschaften aufzulegen. Weitere Vorlagen sehen vor, daß die Gewerbesteuern für das Rechnungsjahr 1922 in Höhe von 800 Prozent der bisher gesetzlich festgelegten Höhe erhöht, die Handelssteuern auf 800 R. erhöht und das Ministerium des Innern ermächtigt wird, den Steuersatz durch Verordnung entsprechend der Geldentwertung weiter zu erhöhen. Eine Zugestrauerter, die von den Gewerbeverbänden und befreiften Gemeinden zu erheben ist, soll für ein Viertel 1500 R. und für jedes andre Zugestrauer 1200 R. betragen.

Genosse Arzt Bezirkschulrat für Dresden I

Schon vor einigen Wochen wurde gemeldet, daß Genosse Arzt zum Bezirkschulrat für Dresden I ernannt werden sollte. Diese Nachricht war damals nicht zutreffend. Richtig war nur, daß der Vorstand des Dresdner Lehrervereins den Genossen Arzt für diesen Posten vorgeschlagen

hatte. Wie wir jetzt erfahren, steht die Ernennung des Genossen Arzt unmittelbar bevor. Arzt kommt an die Stelle des früheren Schulrats Dr. Brieckel, der dreimal versucht hat, durch ein Disziplinarverfahren Tröst aus dem Lehrerstand herauszubringen. Das erste Disziplinarverfahren wurde gegen Arzt eingeleitet, wegen Besuchs sozialdemokratischer Versammlungen, das zweite wegen Besuchs kommunistischer Versammlungen, und das dritte Mal wegen der Angriffe auf die Augustana (das Bekenntnis für die evangelische Kirche).

Aus aller Welt

Briefmarkenfälscher

Memel, 8. Januar. Wie das Memeler Dampfboot berichtet, wurden der Memeler Briefmarkenhändler Kurt Henning, seine Frau und der Buchdrucker Deinzer wegen unangemessener Fälschungen von Briefmarken verhaftet. Sie legten ein Geständnis ab. Die durch die Fälschungen in sogenannte Seitenfelder verwandelten Marken wurden zu 15 000 R. das Stück verkauft. Henning hatte es in kürzer Zeit zum mehreren Millionen gebracht. Größere Mengen gefälschter Marken wurden beschlagnahmt.

Großfeuer in einer Möbelfabrik

Magdeburg, 8. Januar. Von einem Großfeuer wurde die Möbelfirma Pöhlmeier heimgesucht. Das Feuer beherrschte sich in kürzer Zeit auf sämtliche vier Stockwerke des Gebäudes aus. Eine große Anzahl fertiger und halbfertiger Möbel sowie Materialien aller Art, wurden durch den Brand vernichtet.

Der Dollar 9975,-

Berlin, 9. Januar. (Umfällig.)

	9. 1.	9. 1.	8. 1.	8. 1.
	Geld	Brief	Geld	Brief
Niedersachsen . . .	1 Gulden	890,17	899,88	874,62
Dänemark . . .	1 Krone	1965,—	2005,—	1935,17
Schweden . . .	1 Krone	2643,57	2656,68	2528,88
Norwegen . . .	1 Krone	1845,57	1864,68	1780,57
Niedersachsen . . .	1 fin. Mark	243,89	244,61	231,42
Österreich . . .	1 Krone	1870,89	1879,69	1794,46
Wien (deutsch-öster. abg.)	100 Kronen	14,06	14,14	13,54
Bras . . .	1 Krone	267,83	268,07	264,66
Budapest . . .	1 Krone	8,59	8,61	8,56
Belgien . . .	1 Franc	610,96	614,04	599,—
Spanien . . .	1 Peseta	1041,18	1048,47	1048,21
Italien . . .	1 Lira	481,29	482,78	485,88
London . . .	1 Bid. Sterling	4588,52	4611,52	4590,50
Reykjavik . . .	1 Dollar	9975,—	10035,—	9478,88
Paris . . .	1 Franc	665,58	669,17	645,62
Buenos Aires . . .	1 Peso	8890,75	8709,25	8511,20
		Bolivische Rotten	49,50	

re. Berlin, 9. Januar. (Sig. Bracht.) Der Devisenmarkt steht unter dem Eindruck der französischen Sanctionspolitik. Der Dollar erfuhr in den heutigen Morgenstunden neue Meldesteigerungen. Die bevorstehende Besetzung Oissens hat in der ganzen Welt eine allgemeine Worsentumierung gegen die Mark ausgelöst, so daß von allen fremden Börsenplätzen außergewöhnlich niedrige Markurse gemeselt wurden. Schon in den Morgenstunden kam es hier zu einem lebhaften Geschäft. Der Dollar, der gestern abend mit 9800 geschlossen hatte, überstieg die 10 000-R.-Grenze, die ihm bisher immer der Markt für seine Steigerungen gewiesen war, und erreichte gegen 9½ Uhr einen Kurs von 10 300. Bald jedoch wurde auch dieser Kurs überstiegen, um gegen 10½ Uhr mit 10 500 genannt zu werden. Der berufsmäßige Devisenhandel geht bei seinem Engagement allerdings sehr vorsichtig vor, da bei den heutigen Schwankungen ein großer Risiko im Geschäft liegt. Anderseits aber auch die höheren Kurze Indifferenzen erfordern. Man geht deshalb wieder leichtlich darauf über, Wehrte unter 10 000 Dollar zu handeln, die sonst an der Börse allgemein als niedrigster Satz gelten. Die heutigen ausländischen Zahlungsmittel folgten der Dollarbewegung. Die heutige Leitung hielt auch feste Kurze für ausreichend.

Konferenz der sächsischen Ortsausschüsse

Sonntag den 7. Januar fand von vormittags 9 bis abends 7 Uhr im großen Saale des Volkshauses zu Dresden eine Konferenz der sächsischen Ortsausschüsse des A. D. G. V. statt. Querst erstattete der Vorsitzende des bisherigen Gewerbeausschusses, Tempel, Dresden.

Bericht über die legjährige Tätigkeit

dieser Räteversammlung. Die Arbeit war sehr erschwert durch die bislangige Arbeit des Ausschusses im Nebenamt. Die Gutachtentätigkeit für Gelehrtenvorträge nahm viel Zeit und Mühe in Anspruch, aber sie war notwendig. Besonders häufig war man bei der Gewerbeauslohnunterstützungsgesetzgebung und den Arbeitsnachweisen.

für den Verwaltungsrat beim Landesamt für Arbeitsvermittlung die sächsischen Gewerbeausschüsse acht Mitglieder, während die restlichen zwei von den Christlichen und den Kirchendiensten bestellt wurden. Die politische Situation erforderte, bei den Vorgängen im allgemeinen Staatsleben, besonders den Landtagssitzungen, nicht Gewehr bei sich haben zu bleiben; man mußte im Arbeitserinnerung für die Erhaltung der sozialdemokratischen Freiheit im Lande sorgen. Gegen die Kommunisten nahm man dabei keine Stellung, obwohl es oft nötig gewesen wäre. Die Wahlkontrolle ist nicht überall befriedigend durchgeführt worden, hat aber doch allgemein ihre Wirkung nicht verloren. Allerdings wurde daraus gelesen, wenn, sondern nur, daß man wähle. Auch wurde kein Pfennig von Gewerbeausschüssen für die Wahl verwendet, sondern ausschließlich freiwillige Beiträge. Steuerfragen beschäftigten den Ausschuß stark, besonders die sofortigen Abzüge bei den Arbeitnehmern der Zahlungstermine, doch sind wieder hier reichspolitische Verbindlichkeiten maßgebend; der Kampf gegen die harschende kapitalistische Reichsregierung ist deshalb noch keineswegs abgeschlossen. Natürlich kann undurchführbare Eigentümlichkeit, wie sie der Ortsausschuß Löbau beschloß, monach am 13. Januar Steuerverweigerung einstreiten soll, nur zu Niedergang führen und die Arbeiterschwäche verstetzen. Den neuhergestellten Wahlen zur Sozialversicherung ist seitens der Ausschüsse größte Bedeutung beizulegen. Redner legte die abgedrehten Formen derselben dar und berichtete, daß amtliche Stimmentzettel bisher noch nicht in Ausfahrt gestellt sind, aber die Sache noch nicht abgeschlossen ist. Jedenfalls werden den Wählerinnen die eingerichteten Listen durch die Presse oder aber auch direkt vom Wahlleiter zugestellt. In der Frauenfrage wurde in der Angelegenheit der gleichzeitigen Erhöhung von Beiträgen und Unterstützungsabgaben der Reichsregierung Wandel geschaffen, aber nun, insbesondere umschlagen, sehr zu Unzufriedenheit der Versicherungen. Sechs Wochen heranzeit nach der Erhöhung der Beiträge sind nicht nötig, vierzehn Tage tun es auch. Eine entsprechende Entscheidung wird vorgelegt. Bei der Gemeinbeauftragten ist eine Umgestaltung, die Scheidung der technischen von den sozialen Beamten, erreicht worden; leider steht sie nur auf dem Papier. Man wird seiner darauf sehen müssen, daß bei Kontrollen der Gewerbeaufsicht die Betriebsräte bzw. deren Vorstand gegenwärtig sind — die Beamten münzen das. Die Teilnahme der Gewerbeausschüsse an der Deutschen Wirtschaftsstadt hat nur ganz vereinzelten Widerstand gefunden. Separates Vorgehen der Arbeiterschaft kann nichts Durchdringendes schaffen und nur zum Schaden der proletarischen Unterstützungsbedürftigen und zu Gunsten der minderarbeitsfähigen Ausschüsse. Eine zur arbeitende Lebensstunde für den Unterstüzungsausschuss hat der Landesausschuss nicht vorsezogen.

An der Aussprache fühlte man den überwältigenden Einfluß des Löbauer Ortsausschusses zu rechtfertigen, doch fand das keine Billigung. Es wurden ferner befürwortet regierungsschädige Mittel zur Fortbildung der Betriebsräte, sowie Nebernahme der gesamten politischen Führung seitens der Gewerbeausschüsse, was aber keinen großen Erfolg fand. Die Nichtberichtigung der Ortsausschüsse bei verschiedenen Fragen, so der Fortbildung und der Büchereiförderung, wurde bedauert. Auch das man seitens der Partei immer nur mit bloßen Diskussionen an die Reichsregierung herangetragen sei bei der Frage des Treises des Reichslandesratenteils wurde beklagt. Die vom Referenten gestreute Einrichtung der Industrialfabrikationsabteilung durch die Krankenkassen, deren Kosten in seinem Verhältnis zu der geplanten Entschädigung stehen und die deshalb in Zukunft als ein nicht mehr ausdrücklichbarer Zurrus abgeschafft werden müsse, führt zu längeren Auseinandersetzungen. Arbeitsminister Mita stimmte der Abstimmung zu und empfiehlt, den weiteren Verlauf der Dinge und Verhandlungen abzuwarten.

Wethle, Dresden, wendet sich gegen die von Leipziger Delegierten ausgesprochene Meinung, daß die Gewerbeausschüsse die politische Führung allein in die Hände nehmen müssten. Er erinnert an seine eigene Stellung hierzu und dessen heute noch verbliebener Beweis für die Unausführbarkeit dieser Idee; sie hat auch in keinem der europäischen Staaten Anhänger.

Schulze, vom Bundesvorstand in Berlin, geht in längerer Rede auf alle angeregten Fragen ein; besonders wendet er sich

auch gegen den befürworteten Steuerstreit; er ist unbeschreibbar und wäre für die Arbeiterschaft verhängnisvoll.

Folgende zwei Entschließungen wurden nach langer Schlußwort des verantwortlers angenommen:

I. Die sächsische Gewerbeausschuskonferenz vom 7. Januar 1923 erachtet den Gewerbeausschus für Sachsen, sowie den Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerbeausschusses, darum zu wünschen, daß sie durch das Gesetz vom 1. Dezember 1922 eingehende Befreiung für den Bezug der erhöhten Sozialleistungen aus der Rentenversicherung wesentlich abgekürzt wird.

II. Die Spannung zwischen Lohnesinkommen und Preisbildung hat sich mit der fortwährenden Geldentwertung in wachsendem Maße erhöht, und somit die Lebenshaltung der auf Lohn oder Gehalt angewiesenen Schichten der Bevölkerung bis zur Unverträglichkeit geführt.

Diese ungeheure Notlage der auf Lohn oder Gehalt angewiesenen Schichten der Bevölkerung wird bei der Besteuerung vom Arbeitslohn auch durch das Gesetz vom 23. Dezember 1922 in keiner Weise berücksichtigt, sondern diese Steuerpflichtigen werden der Geldentwertung entsprechend automatisch bis zur Unverträglichkeit belastet. Dazu tritt daß die Lohn- und Gehaltsempfänger als Bevölkerer von der vollen Wirkung der Umsteuerung, der Verkehrssteuern, sowie sämtlicher indirekten Steuern betroffen werden.

Unter diesen werden der Besitz sowie alle anderen Steuerpflichtigen aus Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft sowie aus gegenwärtige Erhebungsjahren, insbesondere der Einkommenssteuer, zum Schaden des Reiches geschont.

Es ist unverantwortlich, die Arbeiter und Angestellten als treuliche Anhänger des republikanischen Staatsgebäudes zugunsten des Reichs in steuerlicher Hinsicht in diesem Umfang zu belasten. Durch alle Kreise der Arbeiter und Angestellten geht deshalb eine neue Erregung, die sich zu wirtschaftlichen Explorationsen werden der Geldentwertung entsprechend automatisch bis zur Unverträglichkeit belastet. Dazu tritt daß die Lohn- und Gehaltsempfänger als Bevölkerer von der vollen Wirkung der Umsteuerung, der Verkehrssteuern, sowie sämtlicher indirekten Steuern betroffen werden.

Auch Arbeitsminister Mistau sprach in diesem Sinne.

Reichsrechtliche Bedenken gegen landesrechtliche Arbeitnehmerausschüsse bestehen nicht; jedoch erwartet bereits in Bremen, Lübeck, Oldenburg. Die Arbeitnehmerausschüsse für Sachsen kann sofort Gesetz werden und wohlwürdige Wirkungen auslösen.

Interessenvertretung auf öffentlich-rechtlicher Grundlage. In der Arbeiterschaft kämpfen zwei grundlegende Auffassungen: einzige Interessenvertretung (Arbeiterausschüsse, Arbeit-Dienst) und Partei (Arbeiterkammern, Unifakt Umkreis). Bis zur Revolution kam auf diesem Gebiet nichts zu stande, mit der neuen Verfassung kam der Kriegsgefechte. Aber er wird vom Reich nicht weitergeführt, weshalb die sächsische Regierung nur einen Entwurf für eine Arbeitnehmerkammer vorbereitet. Kann er unter gegenwärtigen Umständen Zustimmung finden? Der Bundesvorstand will partizipative Körperschaften, auch die letzten Gewerbeausschüsse. Nach eingehenden Beratungen ist man dazu geangt, da der Reichswirtschaftsrat die Sache nicht im Arbeitersinne erledigen will, zu nehmen, was man erlangen kann, ohne auf weitere grundlegende Forderungen zu verzichten.

Wirtschaftsminister Hellisch: Artikel 165 der Reichsverfassung verbietet Partei in der unteren Instanz; darum kann Redner auch keinen Entwurf einer partizipativen Landeswirtschaftskammer so vorlegen; erst in den Bezirkswirtschaftsräten soll Partei eintreten. Aber diese Räte kommen nicht zu Ende, stattdessen soll der Reichswirtschaftsrat resp. dessen Unterausschuss untersuchen, weil unverhältnismäßige und unbeschreibbare, jedenfalls unverantwortliche Forderungen, um beweizt und gewollt die Arbeitersache nicht vorwärts zu bringen. Darum ist vorläufig das einzige mögliche: Arbeitersammeln und Reformation der Unternehmertum.

Auch Arbeitsminister Mistau sprach in diesem Sinne. Reichsrechtliche Bedenken gegen landesrechtliche Arbeitnehmerausschüsse bestehen nicht; jedoch erwartet bereits in Bremen, Lübeck, Oldenburg. Die Arbeitnehmerausschüsse für Sachsen kann sofort Gesetz werden und wohlwürdige Wirkungen auslösen.

Es wird hierauf folgende Entschließung angenommen:

Die am 7. Januar 1923 im Volkshaus Dresden verfaßten Vertreter der dem A. D. G. V. angehörigen Gewerbeausschüsse im Freistaat Sachsen erklären zur Frage der Schaffung einer Arbeitnehmerkammer im Freistaat Sachsen: Die Reichsregierung der Gewerbeausschüsse in Mönch und Nürnberg stellen sich auf den Tod der Arbeitersammeln. Diese Vereinigungen sind insoweit nicht aufgehoben, als durch die Resolution Wissell, wie sie auf dem Gewerbeausschusstag in Leipzig 1922 angenommen wurde, ausdrücklich gesagt wird, daß dort, wo sich die Möglichkeit ergibt, bis zur Schaffung partizipativer Wirtschaftskammern Interessenvertretungen für die Arbeitnehmer zu schaffen, dieses durch die Resolution Wissell 1. Gesetz nicht unterbunden sein soll.

Die sächsische Gewerbeausschuskonferenz erklärt, daß sie es für eine dringende Notwendigkeit erachtet, in der Zeit der Umgestaltung des Arbeitserichts für die sächsischen Arbeitnehmer eine öffentlich-rechtliche Arbeitnehmervertretung zu schaffen, die die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber der Regierung zu vertreten hat. Dies um so mehr, als über die Schaffung vorläufiger Wirtschaftskammern in Reich und in den Staaten heute noch große Unzufriedenheit besteht. Die sächsische Gewerbeausschuskonferenz erklärt jedoch ausdrücklich, daß auf den Gebieten, wo landesrechtlich die Möglichkeit besteht, partizipative Wirtschaftskammern zu schaffen, diese Möglichkeiten von den sächsischen Gewerbeausschüsten mit allem Nachdruck unterstützt werden.

Der vorgeschrittenen Zeit wegen konnte das Referat über Stellungnahme zum Gesetzentwurf über

Abruch und Stilllegung gewerblicher Betriebe und über die Sicherung der Arbeit und Stilllegung der Arbeit nicht mehr gehalten werden. Die vom Referenten vorbereitete Entschließung wurde nach kurzer Begründung angenommen.

Der Entwurf eines Gesetzes über den Abruch und die Stilllegung gewerblicher Betriebe und über die Sicherung der Arbeit, abgelehnt im Reichsarbeiterschultheiß Blatt Nr. 20, bedeutet in seinem zweiten Teil die fast teilweise Aufhebung der Wiederverordnung vom 12. Februar 1920. Durch die Beseitigung der zwangsläufigen Arbeitslosigkeit bei Arbeitsmangel, durch die Aussetzung der Kleinbetriebe und durch das Zugeständnis an die Arbeitgeber, einer großen Proletarisch Arbeitnehmer entlassen zu dürfen ohne jegliche Kontrolle, besteht die große Gefahr, daß die Arbeitslosigkeit in Beeten der Wirtschaftsfläche ungeheuer gefüllt wird. Anstatt die freie Verfügungsgewalt des Unternehmers im Interesse des Volkes zu erhalten, wird weiter eingeschränkt, heißt der Entwurf gerade die jetzt bestehenden und in der Praxis bewährten Bestimmungen vollständig auf.

Die am 7. Januar 1923 in Dresden stattfindende Konferenz der Ortsausschüsse im Freistaat Sachsen fordert daher den A. D. G. V. auf, energische Schritte gegen die beabsichtigten Verhältnisse zu unternehmen. Sie erachtet das sächsische Arbeitsministerium, ebenfalls im Sinne der Würde zu wirken.

Zum Schluß wurden die Ortsausschüsse erachtet, für eine gute Zusammenarbeit zwischen allen Vertretern in allen Krankenfassen zu sorgen und auch die Vertreter der Betriebskrankenkassen hinzuzuziehen und dabei auch in Führung mit dem Bezirkstausschuss zu bleiben.

Eröffnung eines Bezirkstausschusses

nach den Beschlüssen des Gewerbeausschusongress von Leipzig eröffnete Liebe, Dresden. Bei der früher beschäftigten Errichtung eines Landessekretariats fehlten als Grundlage die in Leipzig getroffenen Vereinigungen. Heute bestehen die Schwierigkeiten in der schlechten Finanzlage und der Unübersichtlichkeit der Verhältnisse. Deshalb erklärte die Bezirke Chemnitz und Leipzig, daß sie wohl grundsätzlich der Errichtung zustimmen, aber gegenwärtig nicht in der Lage seien, alle finanziellen Kosten zu tragen. Temgendorff erklärte, daß auch der Ortsausschuss Dresden, die Kosten für die von ihm bisher geführten Geschäfte nicht mehr allein tragen zu können. Nach ausgiebigster Diskussion beschloß die Konferenz grundsätzlich der Errichtung eines Bezirksssekretariates für Sachsen zu stimmen. Zur Ausbringung der Kosten des Bezirkswirtschaftsraus wird über den ursprünglich gemachten Vorschlag von 10 Pfennig hinausgehend beschlossen, pro Mitglied und Quartal 20 Pfennig an den Bezirkstausschuss abzuführen und ihm Vollmacht zu erteilen, die Anstellung eines Sekretärs zu geeigneter Zeit im Einvernehmen mit dem Bundesvorstand vorzunehmen.

Der Zusammensetzung des Bezirkstausschusses aus 6 Vertretern der großen Ortsausschüsse und 4 Gauleitern wird zugestimmt und es werden als Mitglieder gewählt: Tempel, Dresden, Schilling, Leipzig, Fraatz, Chemnitz, Müller, Eisfeld, Frieder, Plauen, und Herold, Zwickau; als Vertreter der Gauleiter: Sachse (Technikarbeit), Freitag (graphisches Gewerbe), Riegel (Handelsmittel), Liebe (Metallarbeiter).

Über den

Arbeitnehmerkammergesetz-Entwurf

referiert Genosse Tempel. Bissher bestehen die Arbeiter keine

Oft trippelte der kleine Hauptmann, wie ein Spürhund, in Verzweiflung, dabei sehr höflich, leise sprechend, hinter dem Mädchen her, um sie mit der spartanischen Abnützung des Besitzes, der berechnenden Handhabung des Wischlapplands vertraut zu machen.

Schon in verschiedenen Häusern hatte Sulette Gedanken der Gäste zurückweisen müssen, welche sich des Kniffs bedienten, unter einem diskreten Vorwand, beobachtend, in die Küche zu gehen. Über der Kapitän hatte einen alten, ledig gebliebenen, als Wüstling bekannten Komraden, der trotz Abwehr des Zafts übergesprungen und die Ursache wurde, daß Sulette fortgeschickt wurde. Einmal, als ihm ein Griss zu gut gegliedert war, warf sie ihm eine Kasserolle mit heitem Wasser ins Gesicht.

Die Fehler Sulettens nahmen mit der Dauer ihrer Dienstzeit zu. Ueberholt wollten die Gebieter, daß das Hausmädchen einzige eine belebte Kraft, kost eine Materie sei, die aufgebraucht werden könne; sie gestatteten ihr nicht, eigene Arbeitszeuge zu tun, erkannten keine Geschäft darin, diesen Organismus in die Familie zu verpflanzen, ohne ihm Licht und persönliche Freiheit zu lassen.

Nach dem Weggang aus dem Hause des Hauptmanns begann Sulette die Gier ihren Herren mit einer entsprechenden zu vergelten. Sie erledigte die Arbeit ohne Sorgfalt, wurde schmutzig und unaufreinig. Um sich über ihren Drang „noch da draußen“ hinwegzutäuschen, machte sie Beuilletons ausfindig, welche die Nächte mit Leben erfüllten, und tagsüber lädt sie während der Arbeit, gerbrach das Geschirr, verzerrte die Wäsche, verdarb die Kleider.

Es gab Seiten, da glitt sie einem kleinen, hässlichen Schätzchen nach, vergaß ihre Lappen und Kleider, welche in allen Ecken. Ihr unbefriedigtes Sehnen nach Liebe brachte sie auf den Krankenstuhl und verderbten Zustand jener Gedächtnisse, welche niemand tröstet und schützen will; sie stahl vom Zucker, vom Wein, vom Dessert. Die Gaunerien der Kaufleute, welche ihr den Sou vom Frank und noch etwas zu geben, waren keine verlorenen Lektionen für sie. Der unzubereitete Gewinn ging in Anfall von auffallenden Seidenbüchern und billigen Parfümerien auf.

Besonders bemühten sich die bedeutenden Persönlichkeiten der Gesellschaft, Hilf- und Gemüthshändlerinnen, bei denen die Dienstmädchen die Haupteinläufe machen, sie zu wütigen.

„Da, meine kleine, ist ein Huhn, das ich Ihnen für vier Franken lasse, aber seien Sie nicht so töricht, es Ihrer Gnaden unter hundert Sous anzutreten, ist für Sie, die Ermächtigung... Drei Franken die Horelle, ich gebe Ihnen eine Rose über drei Franken fünfsig.“

Von den reisenden Ködinnen, welche darauf lästerten, nette Männer zu erheiraten, Polizisten oder Aufseher in Paris, belehrt, legte Sulette ein Sparfassbuch an; sie brachte es in ihrer Matrone unter und träumte, darauf liegend, von Liebe. Am Morgen hatte sie bisweilen beim Ankleiden der Kluider ein Schwindgefühl in den Händen, wenn sie die Hemdzipfel in den Hoschen ordnete.

Ein komisches Vorurteil war's, daß sie sich immer um Stellen bemühte, wo es Kinder gab. Ueberall begegnete sie einer speziell kleinen Mädchen eigenen Bosheit, die noch raffinierter als die der Knaben war und aus Geschlechterhierarchie hervorging.

Gudem gestattete man Mädchen wie Knaben, den Dienstboten zu demütigen, zu quälen, um die Familienbonde zu wahren. Aus schöner Propag und tragen Hochmut übertrug man Mütterliche Fürsorge, ebenso wie die ganze häusliche Arbeit, aber dank der den Kindern erlaubten Bosheit hatten die Eltern keine Minderung der Liebe zu befürchten. Aus der Erkenntnis, daß gewisse Arbeit in Beruf stand und nun sie ausdrücklich dem Dienstmädchen zwieselt, folgerten die Kinder, Marie sei ein niedriges und verächtliches Geschöpf; da sie die geringste Arbeit fühlten, die man für deren bescheidene Person begiebt, da sie ungeachtet der täglichen Verührung sie eine Fremde bleibten, waren sie gleichzeitig, unabhängig und verhört. Ihre Gemüter wurden für immer durch diesen familiären Stil der Maria beeinflußt. Gleichwohl! Keine Grausamkeit heilte Sulette von ihrem Höflichkeitstrange. Die nervöse Ueberreiztheit, das Ungeheuer ihres Temperaments, der vollerblühende Körper suchten Genüge an den Wangen der Allerkleinsten. Ihr Gesicht zog sich schmerzlich beim Schreien der Säuglinge zusammen, sie lachte, Tränen in den Augen, über deren tierische Gebrechlichkeit. Die weibliche Reife veranlaßte, statt hysterischer Anfälle, Ausbrüche des Mutterhaftstriebes. Oft dachte sie:

„Ich war entgleisen dazu berufen, Kindchen auszusiezen. Ich! Wenn meine Eltern nicht ihr Vermögen verloren hätten! Wenn ich eine Witgift erhielte und betragen könnte! (Fortsetzung folgt.)

Die Figurantin

Der Roman eines Dienstmädchen

Bon Bonaparte

Autorisierte Übersetzung aus dem Französischen von

L. M. de Grazia und J. Kunde

Ohne Privatvermögen war der Hauptmann das Opfer seiner goldenen Kreuze, der Eiflette, der Garnisonshof, der Familie. Die Goldkette und Eiflette mochten gut militärisch sein, das Dienstmädchen litt deshalb nicht weniger darunter.

In der Küche wurden Kämpfe um das zugeteilte Brot zwischen Sulette und der häuslichen „Ordonna“ ausgefochten. Eine heimliche völlige Fasienzeit folgte den prunkvollen Diners, die von Zeit zu Zeit, je nach den Verpflichtungen, veranstaltet wurden. Im Keller hatte man keinen Wein; die bei jedem Empfang nötigen edlen Getränke bezamen ihr altes Aussehen beim benachbarten Delikatessenhändler. Wenn eine Flasche am Leben blieb, faßte man sie noch dem Feind gegen Buder und Seife um. War sie unglücklichweise entkroftet worden, dann bemühte sich die ganze Familie, lospenden Herzens, den Verküpf zu neu zu verriegeln.

Man gab auch Thendgesellschaften, wo gelehrte Musik gemacht und zarte Gedichten aufgezagt wurden. Gegen Mitternacht lachte Sulette, den infolge Magerkeit länger ersehnen Hals vorstreckend, durch die Türkpolte zu blicken, ob die Teller voll Backware lehr verdeckt würden, und während der erhobenen Melodie zu überdrücken, wiewohl von ihrem eigenen Fleisch die vor edler Sentimentalität ohnmächtigen Besucher weggeknovert hätten.

Am geheimen fließt der Kapitän seine Kleider, stopft, nährt die Knöpfe fest; seine Frau, die das Mädchen in Beziehung nahm, sowie er die geringsten Ausbesserungen bearbeitete, verstand sich schlecht auf diese Kleinigkeiten und war außerdem zu sehr großer Dame, um sich mit einer Nadel in die Finger zu stechen. Nach ihrer Ansicht war es nicht wert, in Wasser gesetzte Kartoffeln von Silberglocken zu essen, als Kindabende aus Neusilber.

Sächsische Angelegenheiten

Die uneinige Einheitsfront

Der sächsische Volksbote, das offizielle Organ der Deutsch-nationalen Volkspartei in Sachsen, wendet sich gegen die neu-gegründete Deut-schöpflche Freiheitspartei:

Die Forderungen der neuen Partei finden sich bereits im Parteiprogramm der Deutsch-nationalen Volkspartei. Die Gründung ist daher bedauernlich und überflüssig, weil dadurch der Verwirrungszustand bei großen nationalen Rechten neue Schwierigkeiten bereitet werden. Jedenfalls sprechen die Erklärungen gegen solche Grundannahmen. Die Geschichte der antisemitischen Partei hätte ein warnendes Beispiel sein sollen. Von deutsch-nationaler Seite wird die Freiheitspartei solange nicht bekämpft werden, als diese ihr nicht etwa selbst den Zehnhandelschuh gewirkt. Die gute sächsische Einstellung der Deutsch-nationalen in Sachsen dieser Gewalt dafür, daß die neue Partei hier wohl schließlich eine Macht von Bedeutung werden würde.

Dieses Gebräu aus Angst und Bangen, mit dem üblichen Schutz-Warnung und Ermahnung wird kaum als Verunsicherungsstrahl auf die Öffentlichkeit wirken. Wie logisch klingt doch der Begriff der völkischen Varden von der "Volksgemeinschaft" und der "Einheitsfront des deutschen Volkes" (wie sie sie aufstellen). Dabei können sie nicht einmal unter sich ruhe und Eintracht halten. Veräusserlich wird jetzt ein edler Wettkampf in Antisemitismus beginnen und der Wiss vor den Türen der Öffentlichkeit wird zur Abrechnung auf die Abwehr der nationalistischen Helden abgedient werden. Wohl bewußt's und — Rufen zu!

Lehrbuchereform an den Schulen des Wirtschaftsministeriums

(N.) Der Wirtschaftsminister hat durch eine Verordnung eine Kommission mit der Aufgabe betraut, den Lehr- und Lesestoff der sämtlichen Lehrbücher nachzuprüfen, die in den Schulen des Wirtschaftsministeriums benutzt werden. Die Bücher sollen insbesondere daran gehaftet werden, ob der darin enthaltene Stoff dem Sinne und Geiste der gemeinsamen Verordnung des Kultus- und des Wirtschaftsministeriums vom 6. Juli 1922 entspricht (Verordnung zum Schutz des republikanischen Staatsgebäuden in den Schulen). Die Kommission hat darauf zu achten, daß Aussüche und Abhandlungen, die dem Geiste der republikanischen Staatsförderung widersprechen, oder die durch die Heimverhältnisse überhaupt sind, nicht mehr Bestandteil des schulplanmäßigen Lesestoffs sein dürfen. Ferner hat die Kommission Vorschläge zu machen, welcher neue Lesestoff sich für die Lehr- und Lesebücher eignen würde. Zur Durchführung ihrer Aufgaben kann sich die Kommission in Unterabteilungen gliedern und, soweit nötig, sich durch hinzuzugehender Berater ergänzen. Zu Mitgliedern der Lehrbuchkommission wurden ernannt: die Ministerialräte Mühlmann und Dr. v. Wendt sowie die Überregierungsräte Dr. Geyh und Senisch im Wirtschaftsministerium, seinesse Gewerbeaufsicht Galletsch, Prof. Röhriger, Leipzig, Lehrter Claus, Mitglied des Landtags, und Lehrter Wedel, Mitglied des Landtags.

In der ersten Sitzung der Kommission, die der Wirtschaftsminister leitete, erklärte er, daß die Kommissionsarbeit dazu beitragen müsse, den republikanischen Staatsgebäuden in den Schulen heimisch und selbstverständlich zu machen. Sozialbürgerliche und sozialwirtschaftliche Gedanken müßten mehr als bisher berücksichtigt werden, ebenso die Bedeutung der gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse und der wirtschaftlichen Machtverbände, außerdem auch das Betriebsrechtsgesetz. Dagegen müsse geschichtliche Schrifttum wiedergeben. Für parteipolitische Sonderbestrebungen dürfte in den Schulbüchern kein Raum sein. Auch die Freie, ob überhaupt ein Lehrbuch an den gewöhnlichen Schulen nötig sei, müsse die Kommission prüfen. Dabei sei zu bedenken, daß ein Lehrbuch die richtige Erteilung des Unterrichts gewährleiste und dazu beitrage, daß die allgemeine Bildung neben der fachlichen nicht zu kurz kommt. Das Vorhandensein eines Lehrbuches sollte aber nicht aus, daß der Lehrer auch andere Stoffe, zum Beispiel den Handelseteil einer Zeitung, mit seinen Schülern lese. Der Wirtschaftsminister bestimmte in dieser Sitzung, daß die Kommission ihm persönlich unterstellt, im übrigen aber selbständig sein soll. Zum Vorsitzenden der Kommission wurde Ministerialrat Mühlmann ernannt. Jeder Bericht der Kommissionsmitglieder und der Unterausschüsse mit Dräten hat über den Vorsitzenden zu geschehen. Die Kommission hat sofort mit ihrer Arbeit begonnen und ist bereits dabei, sämtliche Lehr- und Lesebücher der in Frage kommenden Fach-, Gewerbe- und Handelschulen zur Einschätzung einzufordern.

Mit der Verordnung des Wirtschaftsministers ist ein erfreuliches Stück schulischer und sozialbürgerlicher Reformarbeit begonnen worden. Möge dem Werk der Erfolg und die Mitarbeit aller republikanisch gesinnten Schul- und Fachleute nicht versiegeln!

Die Teuerung in Sachsen im Dezember 1922

(N.) Die vom Statistischen Landesamt allmonatlich festgestellten Teuerungszahlen sind auch vom November zum Dezember 1922 außerordentlich gestiegen. Für die am teuerungsstatistischen "Gildiente" beteiligten Gemeinden (Leipzig, Dresden, Chemnitz, Bautzen, Annaberg, Auerbach, Schneeberg und Grimma) betrug die durchschnittliche Teuerungszahl im Dezember 64 888 M. gegenüber 58 888 M. im November. Stieg die Teuerungszahl vom Oktober zum November um 11,5 Prozent, so erhöhte sie vom November zum Dezember eine weitere Erhöhung von 18,8 Prozent. Wied die Vorfriegsteuerungszahl, die 1918/19 im Durchschnitt 90,8 M. ausmachte, gleich 100 gesetzt, so ergibt sich auf dieser Grundlage als Indexzahl der Lebenshaltungskosten für Ernährung, Beizung, Beleuchtung und Wohnung im November 40 620 M., im Dezember 60 460 M. Die Steigerung der Preise für diese Lebensbedürfnisse betrug demnach im Durchschnitt bis Dezember mehr als das 600fache. Die Preissteigerung ist also von der Teuerungsstatistik erfassten Lebensbedürfnissen, einschließlich Bekleidung, bestellte sich auf das 670fache. Im einzelnen liegen die Kosten für Ernährung auf das 80fache, für Beizung und Beleuchtung auf das 102fache, für Bekleidung auf das 104fache, für Wohnungsmiete dagegen nur auf das 10fache der Vorfriegspreise.

Parlamentarischer Unstand in Plauen

Bei der Wahl der Stadtverordnetenvorsteher erhoben Sozialdemokraten und Kommunisten als zweite und drittstärkste Partei den berechtigten Anspruch auf die Übereitung des ersten und zweiten Stellvertreters. Die Wirtschaftliche Vereinigung forderte aber, nachdem der erste Vorstand einstimmig gewählt worden war, neben dem ersten auch den zweiten Sitz im Präsidium. Die sozialistischen Parteien lehnten darauf die weitere Teilnahme an den Wahlen ab. Da auch die Demokraten auf einen Sitz im Präsidium verzichteten, bestieß die Wirtschaftliche Vereinigung das gesamte Präsidium, obwohl sie nur über 27 von 60 Sitzen verfügt. Wir möchten nicht das Gesetz der bürgerlichen Presse hören, wenn eine sozialistische Partei sich so bar jedes parlamentarischen Anstands zeigen würde, wie hier die stärkste bürgerliche Partei Plauens.

Diebstähle auf dem Lande

In den Weihnachtsnächten war in Oppitz bei Eichstaett ein Elektromotor im Wert von 700 000 M. gestohlen worden. Die Spülhuben konnten in Nieda ermittelt und festgestellt, somit der Motor wieder erlangt werden. — Aus dem früheren Rieser Garnisonssattgarn waren ähnliche Instrumente und andre Dinge im Wert von etwa dreiviertel Million Mark, und in einem anderen Hauses ähnliche Diebstähle begangen worden, wobei der Wert der Beute gegen 250 000 M. betrug. Alle hier in Frage kommenden Spülhuben konnten ermittelt und verhaftet, damit gleichzeitig auch eine ganze Anzahl weiterer Einbrüche und Diebstähle aufgelöst werden. — Bei einem in Görlitz verübten Einbruch wurden dem Garnisonssattgarn außer verschiedenen Sachen auch Gold gelöscht, der Gesamtwert der Beute beträgt rund 100 000 M. — Geplündert wurden in Bautzen der Briefumschlag mit der Aufschrift "Auguste Industriemerk" mit rund 100 000 M. Bargeld, sowie bei dritter Gelegenheit auch andre Sachen und Ausweispapiere auf den Namen Trommler lautend. — In Heinrichswalde wurde dem dortigen Schuhmacherobermeister Müller eine Kassette mit Bargeld, bestehend aus Scheinen und Gold- und Silbermünzen, sowie Wertpapieren und Sparfassenbüchern geflossen. Der Gesamtwert des Bargeldes beträgt allein über eine halbe Million Mark. (K.-g.)

Der Landtag tritt heute zu seiner ersten Sitzung im neuen Jahre zusammen. Tagesordnung: Mehrere Anträge, die sich mit der Art der freien Berufe, der Kleinst- und Sozialrentner, der Erwerbslosen usw. beschäftigen.

Beschlußnahme eines überlegenen Orgblattes. Die Nummer der Sächsischen Landeszeitung vom 31. Dezember 1922 ist auf Anordnung des Amtsgerichts Dresden beklagt worden, weil in einem Aufruf an die Leser eine öffentliche Bekämpfung der Mitglieder der republikanischen Regierung des Freistaates Sachsen enthalten sei.

Der Leipziger Witterstreit vor dem Landtag. Der in einigen Gorlitz ausgebrochene Witterstreit, an dem das dortige Gewerkschaftsstadttor und die Sozialdemokratie nicht beteiligt sind, entpuppt sich mehr und mehr als eine kommunistische Scene. Um diesen Streit darüber, daß es so ist, zu befehligen, hat die kommunistische Fraktion des Landtags zwei Anträge und eine Anfrage eingereicht, die sich mit dem Witterstreit befassen.

In Phasenepidemie in Leipzig. In Lößnitz ist eine Tuberkuloseepidemie ausgebrochen, da ein Brunnen der Stadt durch einen Baugentiläger verunreinigt worden ist. Die Seuse hat sich so schnell verbreitet, daß 27 Erkrankte nach den Leipziger Krankenhäusern übergeführt werden mußten. Ein Kind und eine 26 Jahre alte Frau sind gestorben, zwei Personen schwanden noch in Lebensgefahr. Die Epidemie selbst kann in Lößnitz als überwunden gelten. Die erforderlichen sanitären Maßnahmen sind sofort ergriffen worden.

Grubenunglüch in Töltz. Am Freitagabend wurde im Grubenfeldbezirk Töltz bei Leipzig der Häuer Tag Egold aus Pegnitz durch niedergehende Erdmassen verhakt. Die Seuse hat sich so schnell verbreitet, daß 27 Erkrankte nach den Leipziger Krankenhäusern übergeführt werden mußten. Ein Kind und eine 26 Jahre alte Frau sind gestorben, zwei Personen schwanden noch in Lebensgefahr. Die Epidemie selbst kann in Lößnitz als überwunden gelten. Die erforderlichen sanitären Maßnahmen sind sofort ergriffen worden.

Stadt-Chronik

Kabarettkunst

Im Januarheft des Kunstwartes schreibt Werner Illing:

Schauspiel: erstes Kabarett einer mitteldeutschen Großstadt. Das Programm roh. Der "Anfänger" schmaert.

Der Vorhang hat sich schmaert vor dem unvermeidlichen Wiener Biermeisterdrama entfaltet. Man sieht ein paar sehr statt gehauene gelbe Steghosen und eine beeindruckende Wiederzäsur an einem erheblich konstruierten weiblichen Leib. Ach — und man muß auch hören. Seine Stimme balanciert über eine Melodie in der Tiefe und fordert die bedeutende Rose zur Wiederholung auf. Sie scheint einen geängstigten Hund in ihr gewaltiges Alter eingefangen zu haben. Aber die schmalen Augen, aber das bedingungsweise aller Gläubiger, wenn beide vor Rührung schwund in tiefer Röte einsetzen: O du mein We-e-o —, zumal er aus Dobringsdorf kommt nichts gegen diese vorzügliche Stadt gefaßt sein soll, sie in Erbhüthten das erste Freudenlied der gescheiteten Kreatur trällerte...

Der Vorhang hat beide auch wieder verschlungen. Für mich erhöhen sich die Szenen, denn ich mag meinen begeisterten Zögnerinnen durch einen Stognat ausheilen.

Ottie. Das moderne Tanzpaar.

Vor elichen Jahren, als ich den Dreißigern weit weniger nahe war als h. d. sahnte ich vier Wochen lang ein junges, schönes, kleines — sagen wir — Mädchen, nomens Jia, welches die Tonleiter weiblicher Koketterie über sieben Wochen hinweg mit nie wieder erfahrener Virtuosität wette. Ich sah den ewig lächelnden, mit seiner Hinterfront so beweglich agierenden Herrn im violetten Rock und strohig mach, worum er sich nicht habe Jia taufen lassen. Seine Partnerin trug über frohiger Männerbrust eine grüne Domperücke. Worum?

Aber von alledem will ich ja gar nicht erzählen. Man ist dies gewohnt und nimmt es mit der selben Güte hin, wie täglich Leitorf über die Kreisstrasse Europas.

Es kommen "Contortionisten". Jawohl. Auf Verlangen bin ich bereit, mich durch das Programm über dieses Wort auszuweisen. Das neue Lebensjahr mit Datum dreifürte Hirn riet auf Schenkungenken.

Vorhang auf. Ankleideraum einer Dame. Weißblauer Engelsgleich mit Puderrosen und Quasten. An den Wänden Bilder von Wennerloos, vielleicht auch von Mag Brillant. Nichts ein fanglebikes schwanzloses Klavier. Warum nicht? Die Dame hat vielleicht eine komplizierte Seele und sieht es, während der Toilette einen Vogtrot zu spielen oder den Benz von Hildach zu singen.

Zetzt allerdings los sie gerisham in einem weißen Empireschlaf, den sie mit massiver Majestät ausfüllte. Ein Buch lehnt. Ob Willstein, konnte ich nicht erkennen.

An der Tür stand musterhaft reglos, wie eine faulische Weibswolle, ein Diener in Löberei.

Es klingelte. Der Diener riß die Tür auf. Die Dame schielte diskret erwartungsvoll. Elegante Schritte näherte sich ein lehr junger, holzblütiger, überaus schönster Herr der Dame, lächelte ihr respektvoll die überaus massive Hand, wobei dem Diener Umhang und Blümchen zu und begann ohne Umlaune, sich schlängelnartig um die Angebetete zu ringeln.

Was er brachte, war wirklich kostbar. Noch nie sah ich einen menschlichen Körper mit so reichtumhafter Behendigkeit seine Wirbelsäule verlängern.

Die Dame erhob sich. Sie trug ein äußerst kurzes Kleid, das wie eine ungelenke Wäsche um ihren schlaksischen Leib hing. Säuber vor sie früher als Akrobatin in ehrlichem Trikot aufgetreten, nun, verfeilt, diente sie als beobachtetes Modell. Der Diener folgte den Bewegungen des Mädchens mit bösen Augen, raunte ihm ab und zu Stellungswechsel an.

Ein abgewirtschaftetes Kreistchenhepaar mit dem drei-fierten Kind.

Nichts Neues, wenngleich die Marmonade verdroß.

Der Junge sprang wie ein Affe auf das Städtchen, klappte dort Purzelbäume, wobei er sich soeben gleichzeitig zuwandte, machte einen Handstand und klappte sich dabei mit den Füßen auf dem zurückgeworfenen Kopf. Verdrehungen folgten, die jedem Sportzücher zur Ehre gereicht hätten.

Dann kam der Gangbund der Vorführung.

Die Mutter saß mit den weiblich-schwankhaften Niessprandler Nachtmännchen vorwärts und schaute auf Mutter und Sohn.

Die Dame nahm eine angestrengte Spreizstellung ein. Der Junge hockte sich neben ihren Beinläufen zusammen und begann wie eine Kobra sich um Hüften, Oberschenkel, Knie, Hals emporzuwinden, bis er plötzlich, ehe ich mich dessen versah, auf dem Kopf der standfesten Matrone landete. Dort rutschte er sich auf, schüngelte das rechte Bein um das linke und hörte auf einem Fuß sichend des weiteren.

Der Diener reichte ihm eine Geige hinzu. Der Sohn verdankte sich Grüne und rote Scheibenkerze anzuspielen die Gruppe.

Die Dame schwieg und balancierte langsam in den Schiecheln. Ihr breites Kinn unterließ blaurot. Das Gesicht des Jungen erschien geistergleich und abwesend.

Er legte vorsichtig die Geige an. Die Begleitung saß gedankt am.

Er sprach die Träumerie von Schumann.

Die Dame schwieg und blinzelte nach oben. Die Haltung des Dieners drückte Egozentrische aus, aber seine blieben schroffe Warnung und Bescheide nach oben.

Der Junge stand mit verschraubtem Bein unten auf, schaute nach oben. Ein Fuß stand mit geschlossenen Augen die Träumerie von Schumann. Vollständig, mit Lieberholung.

Dann folgte der Vater "hop", flackte in die Hände, der Junge sprang herab, die beiden Männer begannen sich zu verdrücken.

Ich halte mit vorgenommen, diesen Laufbericht durch einen Kulturreport abgeschlossen. Ich glaube aber, er ist schwer auslegungsfähig.

Zeit ist Geld

Dieses Sprichwort hat heute erhöhte Bedeutung. Beim Wareneinkauf ist jetzt die Zeit die Hauptrolle. Wer reicht viel Zeit hat, kann bedeutende Sparanfälle machen. Das Publikum ist wohl mehr oder weniger gut über die Breite der wichtigsten Lebensmittel unterrichtet, aber über die Preise der übrigen Waren fehlt die Übersicht fast völlig. Das kommt daher, weil in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Preise für unzählige Produkte willkürlich festgelegt werden und von Leuten unmöglich auch nur einigermaßen kontrolliert werden können. Jeder Käufer kann die Läden wählen, die Geschäfte feststellen können, daß er für dieselbe Ware in drei verschiedenen Geschäften drei verschiedene Preise bezahlt kann. Zum Teil sind die Preisunterschiede so stark, daß man nur von Wucher sprechen kann. Diese willkürliche Preisfestsetzung, deren Einzelheiten das Geheimnis der Geschäftsläden bilden, dient in neun von zehn Fällen lediglich dazu, einen Übergegenwert für den Verkäufer herauszuholzen. Jeder Einwand, in andern Geschäften seien die Preise billiger, wird von vielen Kaufleuten mit einer flüchtigen "Admünchner Weise" abgetan. Es wird haarscharf nachgewiesen, daß die Geschäftsläden trotz den hohen Preisen langsam zugrunde gehen. Das Publikum hat meistens nicht so viel Zeit, um wegen jedes Kaufes fünf bis sechs Geschäfte durchzutun. Wer das aber nicht kann, der wird deutzuge auf Schrift und Tritt überwältigt. Wo es möglich ist, müßte gegen diese Geschäftsläden mit Hilfe der Preisprüfungsstelle vorgegangen werden.

Kohlenpreise und Sondergewinne

In der letzten Sitzung des 6. Verwaltungsausschusses kam eine Kohlenangelegenheit zur Sprache, die von allgemeinem Interesse sein dürfte.

Zwei Westorter haben sich auch nach der Eingemeindung ihre öffentlichen Kohlenstellen erhalten. Sie werden nach gemeinsamen Grundsätzen verwaltet. Besondere Gewinne oder Lebenschäfte dürfen nicht gemacht werden. Es wird größter Wert auf genaues Maß gelegt. Jeder Bezieher kann Einblick in die Abrechnung nehmen, besonders in die Kalkulation.

Das südliche Kohlenamt bestimmt, daß die Preise der Kohlenstellen nicht 5 Prozent unter dem Richtpreis stehen dürfen. Derartige Kalkulationen ergaben aber, daß dieser Preis viel zu hoch war. Schließlich liegen in einem knappen halben Jahr bei nur etwa 100 Beziehern über 600 000 M. Überschuss auf! Es erhielt vor allem, daß die noch zu alten Preisen bezogenen Kohlen ohne jede Abminderung auch zu neuen Preisen verkauft werden müßten. Das gewisse, meist geringfügige Steigerungen auch für Lagerkohle manchmal notwendig ist, ist bei näherem Nachweis einem jedem bald verständlich. Die festgestellten Preissteigerungen waren aber trotz der allgemeinen Preissteigerung erstaunlich. So muhten an 12 Steinholz Steinholz, bezogen im Landabsatz, verkauf unter dem Richtpreis, Mitte November über 6000 M. gutgemacht werden, an einem Wagen Kiste, bezogen Ende Oktober (!), verkauf unter den Richtpreisen, 90 000 M.! Für die Kohlenstellen waren beträchtliche Aufstände unabholtbar, sie wurden im Einvernehmen mit dem Kohlenamt abgestellt.

Es wurden aber hierbei einige Fragen von allgemeiner Bedeutung auf, die schnellstens gelöst werden müssen:

1. Wenn, wie mit dem Kohlenamt festgestellt, bei so wenig Beziehern in so langer Zeit, bei so herabgesetzten Preisen durch die festgestellten Preissteigerungen waren aber trotz der allgemeinen Preissteigerung erstaunlich. So muhten an 12 Steinholz Steinholz, bezogen im Landabsatz, verkauf unter dem Richtpreis, Mitte November über 6000 M. gutgemacht werden, an einem Wagen Kiste, bezogen Ende Oktober (!), verkauf unter den Richtpreisen, 90 000 M.! Für die Kohlenstellen waren beträchtliche Aufstände unabholtbar, sie wurden im Einvernehmen mit dem Kohlenamt abgestellt.

2. Wer setzt die Richtpreise in Dresden fest? Ein Ausschuss, bestehend aus 6 bis 7 Händlern, einem Bergverwaltungsrat, beständig, zwei (1) Verbrauchern und dem

für alte Kohlen nehmen? Ja, denn auch die Kohlenstellen müssen eine Zeitlang so verfahren. Dafür das weiter so bleiben! War bleibt uns aber beim "Beispiel" mit allgemeinen Lebensarten fern und lasse öffentlich nachprüfbare Zahlen entnehmen!

4. Wie erfolgt nun aber die Freigabe der Kohlenlizenzen? Nach Beobachtung der amtlich festgestellten Eingänge, bespricht das Kohlenamt erst einen Aufschub von Händlern. Geben bei deren Beobachtung die Händler den Ausdruck, die liefern könnten oder die andern? Höchstwahrscheinlich die letzteren. So wird durch eine zu langsame Freigabe von Kohlenlizenzen einem großen, wenn nicht dem größten Teil der Händler eine weitere unangemessene Gewinnmöglichkeit geboten, solange die unzureichenden und aufreizenden Zwischen gewinne bestehen bleiben dürfen. Wie lange noch?

5. Warum schafft man nicht an den verschiedensten Stellen der Stadt öffentliche Kohlenstellen? Sie schützen durch gerechte Preisbildung Verbraucher und - Händler! Vor allem wirken sie wirtschaftssicherlich, besser als schöne Vorstriche, durch die tätige Mitarbeit immer weiterer Volkswirte.

Mit dem Straßenbahn-Jouentaxi macht Berlin jetzt einen Versuch. Es wird probeweise auf drei Linien eingeführt. Die Linien sind in überdeckende Teilstrecken von durchschnittlich drei Kilometer Länge eingeteilt; der Einzelabschnitt für eine Teilstrecke kostet 50 Pf. Als eine andre präzisiernde Neuerung wird jetzt eine Straßabfahrt wochenweise für die um die beiden Hauptverkehrspunkte Alexanderplatz und Potsdamer Platz strahlendarmen belegenen Straßen von durchschnittlich 1,5 Kilometer Länge ausgewiesen. Die Karte ist wochenmäßig für zwei ununterbrochene Einzelfahrten auf der Strecke. Sie kostet 400 Pf., so daß auf die Einzelstrecke ein Fahrpreis von 35 Pf. entfällt. Sonntags gelten die Karten nicht, wohl aber an Wochentagen. Diese problemlosen Neuerungen sind auch für Dresden, dessen Straßenbahnenkreise mit den Berlinerlinnen annähernd gleich gehalten haben, von Interesse.

Befürchtung des Betriebs der Bors. Büros in Berlin. Das sächsische Ministerium des Innern hat die Kreishauptmannschaften aufgefordert, sich nach Ablösung der Handels- und Gewerbeaufsichtsamt über eine Beschränkung des Betriebs von Bors. Büros und Devisionskonsorten und des Auslands von Spezialbüros aufzuprednen. Es ist höchste Zeit, daß der herzhaften Pol in den weitesten Volksräumen dem Treiben der Schlemmer-Gehalt gehoben wird.

Rund 210,8 Millionen Mark Mehreinzahlungen bei der Dresdner Sparkasse. Am Dezember 1922 wurden bei der Dresdner Sparkasse 90,1 Millionen Mark eingezahlt und 90,8 Millionen aufgelöszt. Also betrugen die Mehreinzahlungen rund 210,8 Millionen Mark.

Berücksichtigt verbote Ausfuhr und sonstige Grenzvergehen trugen dem Südböhmischen Handelsamtstellen Emil Voigt, im Vogtlandhof, 6 Monate Gefängnis und 2 700 000 M. Strafe ein. Ist die Geldstrafe nicht einzutreiben, trifft an deren Stelle ein weiteres Jahr Gefängnis als Ersatz. Der Angeklagte, den man bisher gegen eine Sicherheitsabschiebung von 15 Millionen Mark auf freiem Fuß verlassen hatte, wurde wegen der hohen Strafe in Haft genommen. Er hatte Anfang November den Versuch gemacht, von Dresden aus verschiedene neue Sachen im Werte von 460 000 M. nach der Tschecho-Slowakei zu schmuggeln.

Abründung nach Niederdorf. Vom 10. Januar an wird der auf der Linie Heinsberg-Niederdorf Mittwochs und Sonn- und Feiertags verkehrende Abendzug 2332 später gelegt. Dadurch wird eine Spät-abendverbindung von Dresden her wie folgt geschaffen: ab Dresden 19.12. nachm., an Heinsberg (Sa.) 11.37, ab 11.43, an Kohmannsdorf 11.48, Rohenau 11.59, Spichtritz 12.05, Seifersdorf 12.11, Waller 12.19, Dippoldiswalde 12.31, Ühingen 12.40, Obercarsdorf 12.45, Raudorf bei Schneidewitz 12.53, Schneidewitz (Bez. Dresden) 12.57, Buschmühle 1.03, Niederdorf 1.12 nachts.

Der große zwölfiger Rassendiebstahl, für dessen Aufklärung rund 10 Millionen Mark Belohnung ausgesetzt waren, beschäftigte die Dresdner Polizei, indem in den letzten Tagen noch zwei Verhaftungen vorgenommen wurden. Und zwar handelte es sich um einen weiteren Mitarbeiter und ferner um eine Person, die bei Einbrechung der geräumten Kronen mitgewirkt und auch Unterschlupf gewährt hatte. Wie bereits häufig ausführlich berichtet worden ist, sind die Hauptbeteiligten in Dresden, Berlin, der Aussiger und Ritterauer Gegend festgenommen worden. Die Zahl der Diebe und Händler ist wesentlich größer, als anfänglich vermutet worden ist. Von den erledigten Kronennoten waren größere Beträge auch in Dresden zur Entführung gekommen.

Wegen gräßlicher Verfehlung der Polizei wurde vor dem Schöffengericht gegen den 24jährigen Reichsverteidiger Friedrich Wilhelm Wittig verhandelt. Er war in der Nacht zum 10. November in der inneren Stadt zu Streifzwecken mit Ausländern gekommen. Der Polizeihauptmeister Schramm bemühte sich, Ruhe zu stiften. Bei dieser Gelegenheit stellte Wittig den Beamten einen Schlagschlag und jagte, er verdiente täglich so viel wie die schwache Polizei in einem Monat. Auch nannte er die Beamten du, als er nach der Polizeiwache flüchtete. Das Schöffengericht verurteilte Wittig wegen öffentlicher Verfehlung zu 12 000 M. Strafe, auch wurde auf Publikation des Urteils erkannt. Als Ersatzstrafe wurden für je 150 M. 1 Tag Gefängnis ausgeworfen.

Großer Weinanschlag. Weil die Weinhandlung Vincente Paro vor dem Schöffengericht zu verantworten. Bei einer Kellerrevision wurden verschiedene Flaschen Wein festgestellt und beschlagnahmt, deren Inhalt nicht aus Weinbeeren bestand, sondern nachgemacht war. Das Urteil lautete auf 20 000 M. Strafe. Der beschlagnahmte "Wein" wurde eingezogen.

4300 Freiplätze bei Corrasani. Die Spenden zu dem Corrasani-Zubildungs-Fonds sind so reichlich eingelaufen, daß bisher 4300 Freiplätze für arme Kinder geschafft sind. Fast 3000 Kinder haben schon unentbehrlich den Circus besucht, der Rest wird in dieser Woche noch an die Reihe kommen.

Plenarwertschaft Kasparek-Theater. Jeden Mittwoch, nachmittags 4½ Uhr, Salmengarten. Mittwoch, 4½ Uhr: Josobama, die verzauberte Blume oder Kasparek in China.

Zwei Frauen bewußtlos. Durch giftige Gase verloren am Montag gegen Abend in einem Hause der Eisenbahnstraße beim Wittenbergaus zwei Frauen die Sinnlosigkeit, konnten aber durch das Einatmen eines Arztes rasch wieder erwacht werden, so daß die gerusene Feuerwehr keine Wiederbelebungsversuche angestellt brauchte.

Sabotageversuchen. Durch Unfall-hatte am Montag nachmittag in einem Hause der Eisenbahnstraße beim Wittenbergaus eine Gasdruckauslösung explodiert, die nach 20 Minuten durch Auflösung von Sauerstoff beobachtet werden konnte. Hierzu wurde zur selben Zeit ein Gasunfall von der Antonstraße gemeldet, wo ein 83jähriger Arbeiter durch austretendes Gas durch die Sinnlosigkeit verloren hatte. Nach 30 Minuten langen Wiederbelebungsversuchen wurde er dem Krankenhaus zugeführt.

Das Spiel mit dem Feuer. Am Montag nachmittag entstand in der Wohnung eines Hauses der Friedensstraße ein Stubenbrand, der durch das Spiel eines Kindes entstanden war. Es brannten Gardinen und ein Puppenwagen. Die Feuerwehr brauchte nicht einzutreten.

Niebstahl. In der Zeit vom 25. bis 26. Dezember 1922 wurden aus einem Laboratorium an der Würzburger Straße 1 Stein-Nickelflaschen über 1900, mit dreibarem Objektivlich, 3 Revolver, System Nr. 8 und 6, 8 Ofukaren, Nr. 1, 3 und 4 oder Nr. 1, 2 und 4, mit tausendfacher Vergrößerung, umlegbarem Tubus, 1 stereoskopischer Telezentrikkamera, 2 kleine Gläsern mit Federndl und 8 Messinghüllen gestohlen. Die Sachen sind in einem braunen Holzkoffer, 17×19×40 Centimeter groß, verpackt. Sachliche Mitteilungen nimmt die Kriminalpolizei in Löbau, Tharandter Str. 8, entgegen.

Schreibmaschinendiebstahl. Am 9. Januar, vorm. zwischen 4 und 5 Uhr, wurde aus einem Geschäft in der Baumstraße eine Schreibmaschine Ideal B Nr. 18023 mit Universalstativ und Beleuchtung im Werte von 150 000 M. gestohlen. Besondere Kennzeichen: Die untere linke Hochstellschraube ist beschädigt und das Glas blättert darauf zerbrochen. Die Kriminalpolizei warnt vor Anlauf und lädt um sachdienliche Mitteilungen.

Bund der Kinderrechten. Bezirk Löbau. Donnerstag, abends 7½ Uhr, Hauptversammlung in der 3. Katholischen Volksschule (Turnhalle), Bismarckstraße 12. Dem Bunde noch fernstehende sind hierzu freundlich eingeladen.

Genoss. Seiden-, Reid., Freidenker. Donnerstag, abends 7½ Uhr: Vortrag des Genossen Menzer über Kunstgeschichte. Neuwahl. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Aus dem Barteileben

U. S. P. Groß-Dresden

Sonnabend den 13. Januar, 6½ Uhr, im Restaurant Sennfelder, Kaufhausstraße: Zusammenkunft aller früheren U. S. P. Funktionäre. Tagesordnung: Reuter, Gesellschafts- und Kassenbericht der früheren Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

4. Unterbezirk

Donnerstag den 11. Januar, abends 7½ Uhr, im Jugendheim, Oppelzstraße, Mitgliederversammlung der Gruppen 1-6 und Waldschulengruppe. Erteilung aller Mitglieder ermächtigt. Die am Montag ergangene Mitteilung an die Segelschüler ist ungültig.

Kinderhospitalkommission Dresden-N. Mittwoch, 8 Uhr, im Jugendheim, Oppelzstraße 12: Spieltag, Basteln und Kleinarbeiten mitbringen und wenn möglich ein Trifft.

Gruppe 2. Freitag keine Sitzung, dafür im Kurfürstensaal Verwaltungssitzung. Alle Funktionäre müssen anwesend sein.

5. Unterbezirk

Kinderhospitalkommission Johannstadt. Mittwoch, 2½ Uhr: Spieltag, Treffen am Dürer- und Sebaldus Platz. Für Eltern findet kein Spieltag statt.

Brauerei. Mittwoch, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Saal II. Vortrag des Verbandsvorsitzenden Paul Hanisch: Der Sozialist als Freund des Publikums. Gäste sind willkommen.

Gruppe Löbau. Dienstag den Genossen und Genossen zur Mitteilung, daß am 7. Januar unser langjähriges Mitglied, der former Wilhelm Lorenz, gestorben ist. Das Begräbnis findet am 10. Januar, vormittags 11½ Uhr, auf dem Äuferen Friedhof, Bremer Straße, statt. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Gruppe Cotta. Dienstag den 16. Januar, abends 7½ Uhr, im Gasthof Cotta Mitgliederversammlung. Genossen Nahmig spricht über Organisationsformen unserer Partei. Da des weiteren äußerst wichtige Fragen behandelt werden, ist das Erscheinen eines jeden Mitglieds notwendig. Weil aus verschiedenen Gründen Saalkontrolle geübt werden muß, wird erlaubt, das Parteibuch mitzubringen. Kein Eintrittswang. Das Lokal ist gut geheizt.

Gruppe Löbau. Die Beitragsabfänger werden dringend ersucht, daß beim Genossen Liebster abgegebene Material umgehend derselbst wieder abzuholen.

Streiken 4. Unter Funktionärskonferenz muß um einen Tag verschoben werden. Sie findet also Donnerstag den 11. Januar, 7½ Uhr, im Siegeland statt.

Streiken 2. Freitag, abends 7½ Uhr, Versammlung im Mercedes Hof. Der Abend ist in der Hauptstraße als Sammelabend mit geselliger Unterhaltung geplant. Für gute heitere Darbietungen ist gesorgt.

Gruppe Cotta, Sebnitz, Reid., Prohlis, Freital, abends 7½ Uhr. Versammlung in Hausbolds Hofcafé in Cotta. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Parteisekretärs Rohrig. Parteileitergegenheiten und Berichte aus Parteitagen. Viele Reihes und pünktliches Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

Gewerkschaftsbewegung

Die Lohnverhandlungen im Bergbau

Am Montagvormittag wurden im Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen über die Neuregelung der Bergarbeiterlöhne fortgesetzt. Die Unternehmer verhielten nach wie vor auf ihren Standpunkt, die Lohnverhandlungen erst am 15. Januar in Kraft treten zu lassen, während die Arbeitnehmer sie schon für die Zeit ab 1. Januar forderten. Unter diesen Umständen sah sich das erste Schiedsgericht genötigt, seine Arbeit einzustellen. Im Anschluß hieran fanden langwierige Einigungsbesprechungen zwischen den Beteiligten statt. Schließlich wurde, nach einer Wiedergabe von Wolffs Telegraphen-Bureau, folgender Spruch gefüllt: Die Löhne der Bergarbeiter des Raithgebiets werden vom 1. Januar ab durchschnittlich um 700 M. am 12. Januar durchschnittlich um weitere 1000 M. je Schicht, einschließlich einer Erhöhung des Haushalts- und Kindergeldes um je 50 M. für jede Schicht, erhöht. Der Ausdruck erwartet, daß vom 15. Januar an die Überarbeiter ernst in Kraft treten. Die Parteien sollen bis zum 15. Januar, abends, sich über die Annahme des Schiedsprudels erklären.

Aus Bochum wird gemeldet, daß die am Sonntag im Ruhrgebiet abgehaltenen Bergarbeiterversammlungen sehr gut besucht waren und ruhig verlaufen sind. In allen Versammlungen wurden Entscheidungen angenommen, die belogen, daß die Bergarbeiter sich bei den kommenden Ereignissen geschlossen hinter die Leitung der Organisation stellen werden. Den zur Aufführung der Berliner Lohnverhandlungen bestimmt Mitglieder wurde das Vertrauen ausgesprochen. Lohnverhandlungen sollen nur vorgenommen werden, wenn sie ab 1. Januar Geltung haben. Der Verzicht der letzten Bergarbeiterkonferenz bezüglich des Überarbeiterabkommen wurde in allen Versammlungen gutgeheißen.

Entschiedene Ablehnung fand die kommunistische Propaganda für ein läufungsfähiges Abbrechen der Überarbeit ab 15. Januar. Ebenso wurde eine Beteiligung an dem Kampf der R. D. und der Union gegen den Vorsitz des Bergarbeiterverbands verworfen. Wie wenig die kommunistischen Parteien Abhänger unter den Bergarbeitern sind, zeigte der Verlauf einer Versammlung in Düren, wo der Angestellte der Union eine Resolution einbrachte, die für fristlose Ründigung des Überarbeiterabkommen eintrat. Während die kommunistische Resolution abgelehnt wurde, fand die Entschließung eines Mitgliedes des Bergarbeiterverbands Annahme gegen vier Stimmen.

Die deutschen Musterlöhne

Wenn die Unternehmer der valutastarken Länder, in England, in Holland, der Schweiz usw. auf die niedrigeren Löhne in Deutschland verzichten bei der Behandlung der Lohnforderungen ihrer Arbeiter, so ließ sich dies vom Standpunkte ihrer Lohnpolitik aus leicht begreifen. Es gab eine Zeit und sie liegt nicht allzu weit hinter uns, in der die deutschen Unternehmer darauf verzweiten konnten, daß billiger noch als der deutsche Arbeiter der österreichische Arbeiter sei. Sie haben es wohlweislich unterschlagen, da schon bei der verhältnismäßig geringeren Zahl der österreichischen Industriearbeiter deren Löhne den deutschen Arbeitsmarkt nicht merklich beeinflussen konnten.

Das Blatt hat sich gewendet. Die österreichischen Unternehmer wurden bis zum Frühjahr 1922 nie von den Löhnen der deutschen Arbeiter. Nun aber, da infolge des tieben Sturzes des Marktes die deutschen Arbeitnehmer in vielen Industriezweigen unter den österreichischen Rivalen herabgegangen sind, müssen die österreichischen Unternehmer ständig auf die niedrigeren Löhne in Deutschland hin, die sich der österreichische Arbeiter jetzt auch ge-

lassen lassen müssen, damit die Produktion in Österreich nicht ins Stocken gerate, die ohnehin mit größeren Schwierigkeiten zu rechnen habe, als die deutsche Industrie. Und in der Tat — ginge es so weiter, dann müßte der deutsche Arbeiter wider Willen zum Schmuckplutonium seines österreichischen Kollegen herabsinken. Schon jetzt stellt die Wiener Arbeiter-Zeitung fest:

"Die Tatsache, daß Deutschland wohlführer produziert als wir, setzt uns Peine föhrt, sie macht uns Arbeiter und Arbeitgeister arbeitslos..."

Trotzdem ist die Argumentation der österreichischen Unternehmer, die Löhne ihrer Arbeiter auf das deutsche Niveau heranzuschaffen, total verfehlt. Das Verhältnis zwischen der Kaufkraft der deutschen Mark und der Kaufkraft der österreichischen Krone ist ein ganz anderes als der Kurs der deutschen Mark in Kronen oder Krone in Mark. Der deutschösterreichische Arbeiter mit einem noch dem Marktwert umgerechneten Lohn in Kronen, kann einfach nicht existieren. In Wirklichkeit ist der Reallohn des deutschen Arbeiters immerhin noch höher als der seines österreichischen Kollegen.

Da nach dem Tagessatz berechnet in Europa nur die Löhne in Sovjetrußland noch niedriger sind als die Löhne in Deutschland, müßten wir die Industrie aller übrigen Länder ruinieren. Aber auch bei geringfügiger Arbeitszeit können wir das nicht schaffen. Die Unternehmer in Österreich hätten sich auf die näher liegenden Löhne der Tschecho-Slowakei zu vermeilen, da diese viel höher sind als in Österreich. Von den höheren Löhnen in den übrigen Ländern ist erst recht nicht bei ihnen die Rede.

Solche Unternehmenspraktiken führt nicht und die Arbeiterschaft ist nicht mehr dumm genug, darauf hereinzufallen. Immerhin zeigt und dies Beispiel, daß es sowohl eine Pflicht der Selbstbehauptung für die deutsche Arbeiterschaft ist, wie ein Gebot der internationalen Solidarität, dafür zu sorgen, daß sie nicht auf die Krise herab sinkt. Das Kulturstift, auf das die Wirtschaftspolitiker von Stolzen bis herauf zum ehemaligen Handelsminister bringen möchten, wozu ihnen die Beteiligung des Kulturstiftes als das wichtigste Mittel erscheint, außer der Verweigerung bei notwendigen Zugeständnissen — aus außenpolitischen Gründen.

Staatsarbeiterlöhne. Die am Montagnachmittag besprochenen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über die Neuregelung der Staatsarbeiterlöhne dauerten um 8 Uhr abends noch an.

Bigarraindustry. Die Verhandlungen über die Januarwerte in der deutschen Biggaraindustry sind gescheitert. Die Arbeitgeber lehnen die Fortsetzung der Tabakarbeiterverbände ab und weigern sich, irgendwelche Gegenanträge zu machen. Von den Tabakarbeiterverbänden ist das Reichsarbeitsministerium angerufen worden. In seinem Bericht werden irgendwelche Sonderabmachungen getroffen werden.

Wer ernennt in Deutschland Offiziere?

Immer wieder wird die Sitzung aufrechterhalten, daß die Offiziersvereine, die in den letzten Jahren entstanden sind, weiter nichts seien als Vereinigungen zur Pflege kameradschaftlichen Geistes". Wer etwas genauer hinter die Kulissen dieser harmlosen Vereine blickt, erlebt allerdings manchmal ein kleines Wunder. In dem soeben erscheinenden Heft 41 der sozialistischen Zeitung wird auf ein Tätigkeitsgebiet dieser Offiziersvereine hingewiesen, das auch den Herrn Reichswehrminister interessieren dürfte. Die Pflege des kameradschaftlichen Geistes dokumentiert sich nämlich nach darin daß die Offiziersvereine — „Igl. preußische Fahnenjuncker“ — erkennen, die dann nach einiger Zeit zu „Senta nants beförder“ werden. In den Kreisen von Rittergutsbesitzern, hohen Beamten usw., namentlich in der Provinz gilt es als selbstverständlich, daß die Herren Söhne, wenn sie das 17. oder 18. Lebensjahr erreicht haben, als „Fahnenjuncker“ in ein Regiment einrücken, nicht doch, in einem Offiziersverein eintreten. Es ist auch keine Seltenheit, daß solche junge Bürschchen, wenigstens zu Hause in ländlicher Abgeschiedenheit, die Fahnenjuncker in uniform eines alten, längst nicht mehr existierenden Regiments tragen. Ja, es sollen noch seltamere Dinge passieren. Amtliche Stellen sollen von den Offiziersvereinen Aufträge erhalten, über das Vorleben von Eltern und jungen Leuten Auskünfte zu erteilen. Wir möchten hiermit an den Reichswehrminister in aller Form die Frage richten: Was ist ihm über diese Art Tätigkeiten der Offiziersvereine bekannt? Was gedenkt er gegen die alten Offiziere zu unternehmen, die sich das Recht anmaßen, „Igl. Fahnenjuncker“ und „Igl. Bentmanns“ zu ernennen? Weiter möchten wir an den preußischen Kultusminister die Frage richten, ob ihm bekannt ist, daß es in dem preußischen Gymnasien 17- und 18jährige Wärter gibt, die sich voll Stolz „Igl. preußische Fahnenjuncker im Igl. preußischen...“ nennen?

Vereinigte Arbeiterjugend

Bezirk Reußland. Morgen Mittwoch, abends 7½ Uhr, Abend-

Bezirksvortrag

